

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

89 (17.4.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 30 S ohne Zustellung. Einzelheft 10 S, Samstag 15 S. — Anzeigen: die einseitige Kolonelle 20 S, auswärts 25 S. Restamen 80 S. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Das neue französische Kabinett

Painlevé, Briand, Caillaux

Paris, 17. April. Nach einer heftigen Debatte ist das Kabinett gebildet. Ihm gehören u. a. an Painlevé, Briand und Caillaux.

Im Verlaufe der Verhandlungen, die Caillaux mit dem Vorstand der radikalen Partei und den Vorständen der Radikalen der Kammer und Senatsfraktion führte, erklärte er, daß die Lage des Schatzamtes ihm ernst erscheine und daß, wenn er an die Spitze der Finanzen trete, er versuchen werde, sie durch geeignete Mittel wieder normal zu gestalten, namentlich das durch, daß er eine klare Trennung zwischen den Fragen des Schatzamtes und den budgetären Fragen eintreten lasse. Caillaux fragte die Führer der radikalen Partei ob er auf ihren Beistand rechnen könne. Es wurde hierauf einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der erklärt wird, daß man Caillaux für die Durchführung des Verleses der finanziellen Wiederaufrichtung Vertrauen schenke.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat am Mittwoch die Beteiligung von Sozialisten an einem bürgerlichen Kabinett abgelehnt, aber in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß die sozialistische Partei die Politik der Unterstützung jeder Regierung gegenüber fortzusetzen die Pflicht hat, welche die von der Partei seit zehn Monaten aufrichtig geforderte Politik weiter zu führen entschlossen ist.

Der Nationalrat beauftragt eine Kommission, zusammenge setzt aus den Genossen Paul Faure, Leon Blum, Renaudel, Aurio, Brade und Barant eine an das Land zu richtende Erklärung zu entwerfen.

Das Kabinett Painlevé ist in der Nacht zum Freitag nach erneuten endlosen Verhandlungen und Besprechungen, die sich bis gegen 1 Uhr nachts hinzogen, endgültig zustande gekommen. Es ist Painlevés gelungen, sich Politiker allerersten Ranges als Mitarbeiter zu sichern und damit seinem Ministerium, das zunächst dazu bestimmt ist, die kurze Zeitspanne bis zu den am 4. Mai stattfindenden Gemeindevahlen, von denen er eine endgültige Klärung der Lage zu erwarten ist, auszufüllen und ihm eine ungewöhnliche Widerstandskraft und alle Aussicht auf längere Dauer zu geben. Painlevé selbst hat außer der Ministerpräsidentenschaft das Kriegsministerium übernommen. Briand hat nach längerem Zögern, das die Kabinettsbildung am Donnerstag erneut in Frage zu stellen drohte, das Ministerium des Äußeren angenommen. Caillaux, der damit noch vor seiner Rückkehr ins Parlament eine einem Triumph gleichende Rehabilitierung erfährt, hat als Finanzminister die schwere Aufgabe der Sanierung der französischen Finanzen auf sich genommen. Von den Ministern des Kabinetts Herr de Monzie, der nur kurze Zeit Finanzminister war, als Unterrichtsminister an. Das neue Kabinett zählt im ganzen 13 Minister und 7 Unterstaatssekretäre. Außer den bereits genannten gehören ihm an bekannten politischen Persönlichkeiten an:

Die Senatoren Steeg (Justiz), Scharmea (Inneres), Chaumet (Handel), Durand (Landwirtschaft); die Abgeordneten: Borel (Marine), Durafour (Arbeit), Heije (Kolonien), Laval (öffentliche Arbeiten) und Anterior (Pensionen).

Loucheur, dem der Posten des Handelsministers angeboten war, hat seine Mitwirkung abgelehnt. Der Parteiangehörigkeit nach setzt sich das neue Ministerium zusammen aus 11 Radikal-Sozialen, 4 republikanischen Sozialisten, 4 Mitglieder der radikalen Linken und ein den republikanischen Sozialisten nahestehender Unabhängiger Sozialist (Laval).

Die sozialistische Partei hat auf Grund des Beschlusses des Nationalrats die aktive Beteiligung an der Bildung des Kabinetts abgelehnt. Für sie bildet die Vertrauensfrage mit dem Finanzministerium, der ein grundsätzlicher Gegner jeder Vermögensabgabe ist, eine starke Belastung. Die sozialistische Fraktion ist jedoch nach eingehender Beratung zu der Auffassung gelangt, daß nach Lage der Dinge zunächst und unter allen Umständen der Fortbestand des Kartells gesichert werden muß. Sie hat deshalb die Fortsetzung der Politik der Unterstützung nicht von der Zusammenlegung des Kabinetts, sondern lediglich von dessen Politik abhängig zu machen beschlossen.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik bietet das neue Ministerium Painlevé volle Bürgschaft für die Fortführung der von Herriot begonnenen Politik des internationalen Ausgleichs und der Verständigung. Der Gedanke einer deutsch-französischen Annäherung findet besonders in Painlevé selbst, daneben aber auch in dem neuen Außenminister Briand und in Caillaux überzeugte Anhänger und Vorkämpfer.

Wie speziell Painlevé außenpolitisch und in Bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eingestellt ist, das hat er am 20. Mai 1924, also unmittelbar nach den letzten französischen Wahlen, gegenüber einem Redakteur des „Vorwärts“ wie folgt dargelegt:

„Nichts wäre verhängnisvoller als eine Disharmonie von der Art, daß in Deutschland eine am Ruder befindliche Regierung eine entgegenkommende Haltung Frankreichs als Schwäche auslegen würde, die man nur ausnützen könnte. Eine wahre Katastrophe mit unübersehbaren Folgen könnte aus einer solchen Disharmonie zwischen beiden Regierungen entstehen, und ich habe die unbegleitete Hoffnung, daß die demokratischen Parteien in Deutschland sowohl diplomatisches Verständnis aufbringen werden, um die wirkliche Gefühlsverfassung Frankreichs so wie sie durch die letzten Wahlen enthielt wurde, zu begreifen und genügend Kraft, um ihre Anschauungen den offenen und verdeckten Chauvinisten auszuwaschen; also nicht nur denen, die gemeinsame Revanche predigen, sondern auch denen, die die lokale Ausführung des Sachverständigenutachtens und überhaupt jede friedliche Vereinbarung sabotieren möchten. Wenn es anders kommen sollte, und wenn die Parteien der Gewalt und der List einen wirklichen Einfluß auf die deutsche Politik ausüben sollten, dann würde sich die französische Demokratie nicht täuschen lassen und jede friedliche Regelung der zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen wäre auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Das wäre eine bittere Enttäuschung für alle diejenigen, die glauben, daß eine aufrichtige Annäherung zwischen den drei Demokratien Frankreich, Deutschland und England allein die Zukunft für die Zivilisation Europas zu gewährleisten vermag.“

Eine Stresemannrede: Halb und halb!

W.B. Hamburg, 16. April. Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach Außenminister Stresemann heute abend im Uebelgeklub über: „Weltwirtschaft und Weltpolitik“. In einer Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Hamburg fiel seinerseits das Wort: die Wirtschaft ist unser Schicksal. Diese These war sicherlich unrichtig, denn letzten Endes entscheiden die großen Grundfragen der Politik über die Weltwirtschaft. Aber zu keiner Zeit ist wohl diese Politik mehr von Wirtschaftsfragen beeinflusst gewesen, als in der Gegenwart.

Deutschlands Stellung ist dadurch gekennzeichnet, daß wir heute noch viel enger mit dem Auslande verflochten sind, als früher. Unsere Umwelt ändert sich dabei seit dem Weltkrieg entscheidend. Statt in Europa nach Kriegsende die Kräfte zum gemeinsamen Wiederaufbau zusammenzufassen, wurde der Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzt mit dem Erfolg der Zertrümmerung fast aller europäischen Währungen und mit einer Dauerkrise, die seit Jahren auf Europa und der Weltwirtschaft lastet. Während die internationale Kaufkraft weit hinter der Vorkriegszeit zurückgeblieben ist, hat die Produktionsfähigkeit der Weltindustrie eine erbliche Steigerung erfahren. Die deutsche Produktion steht dabei vor der schwersten Aufgabe. Sie soll die höchsten Arbeitskräfte einsetzen und hat doch die wichtigsten Rohstoffgebiete verloren. Mit ernster Sorge müssen wir die Vorgänge verfolgen, die darauf hindeuten, daß die Zusammenfassung unerlässlicher Rohstoffgebiete im Machtbereich weniger Staaten anstrebt wird. Ueber die früheren machtpolitischen Mittel verfügen wir nicht mehr. Das einzige wirkliche Machtinstrument, das wir noch besitzen, ist unsere Konsumkraft. Die anderen Länder sind durch unsere Armut nicht reicher geworden.

Deutschland gewann am 10. Januar seine Handelsabgeschlossenheit auf handelspolitischem Gebiet wieder. Es wird Verhandlungen mit den Staaten, mit denen es in neue Beziehungen eintritt, unter Festhalten an dem Prinzip der Meißbegünstigung führen. Dabei ist das Prinzip einer Abschließung des deutschen Marktes durch Zollschranken völlig unmöglich.

Gegenüber der Balkanisierung Europas erhebt sich die Frage der Verwirklichung einheitlicher Wirtschaftsgebiete als entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft. Wir sind durch die Machtpolitik anderer bis auf die heutige Stunde bedroht. Die Richtlinien unserer Außenpolitik können nur sein: Sicherung der Grenzen des Reiches, freie Entwicklung im Innern und Sicherung des Friedens zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse. Ehre und Würde des deutschen Reiches haben nichts zu tun mit harten Worten, sondern werden am besten gewahrt durch sachliche Arbeit und Pflichtenfüllung. Was wir wollen, ist, daß man uns in Frieden lasse, und daß wir uns in Ruhe wieder aufrichten können, um die Wohlfahrt unseres Volkes zu sichern und um die übernommenen Pflichten gegen die anderen ausführen zu können. Die Grundfragen dieser Außenpolitik können auch durch ein Volksvotum über innerpolitische Anschauungen nicht geändert werden. Ein solches innerpolitisches Votum bringt die Empfindungen und die Stärke der Parteianschauungen zum Ausdruck. Es ist kein Abwägen der Stärke der Anschauungen über die künftige Gestaltung der Staatsform. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die wir erhoffen, kann sich nur vollziehen auf der Grundlage der heutigen Staatsform. Sie zu verteidigen gegen jeden, der sich vermischt, uns in den Kampf einer Abänderung hineintreiben zu wollen, werden auch die Millionen von denen bereit sein, die aus patriotischen Gründen für die heutige Staatsform als der einzigen Grundlage einer gesunden deutschen Entwicklung eintreten. Das Ausland braucht weder zu fürchten, noch zu hoffen, daß eine innere Zerreißung in Deutschland eintritt, sondern kann unbeschadet um den Streit der Parteien auf eine gesunde und vernünftige Entwicklung der deutschen Verhältnisse vertrauen.

Die Hamburger Rede ist wieder einmal richtig Stresemann: ein Feueranzug mit Musik. Als Außenminister sieht Stresemann vollkommen ein, daß die Wahl Hindenburgs einfach eine Katastrophe für Deutschland bedeuten müßte. Da aber Stresemann sich nicht getraut, das auch offen zu sagen, wie es seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit wäre, versucht er sowohl den deutschen Wählern wie dem Auslande zu erzählen, daß in jedem Falle keine Gelegenheit zu politischen Bejournissen bestehe. Dieser Teil der Rede gilt für den Fall, daß etwa gar Hindenburg gewählt werden sollte, weil Herr Stresemann doch auch in Zukunft mindestens Minister bleiben möchte.

Weil aber Herr Dr. Marx die erheblich größere Aussicht hat, Reichspräsident zu werden, bezieht sich Herr Stresemann, auch da hinüber Brüden zu schlagen. Darum, aber auch nur darum, sein Bekenntnis am Schluß der Hamburger Rede zur gegenwärtigen Staatsform. Wer will nun Stresemann an den Wagen fahren: er hat sich mit keinem Wort weder gegen den einen noch gegen den anderen Kandidaten ausgesprochen, vielmehr Sätze geprägt, die als indirekte Unterstützung jedes der beiden Kandidaten angesehen werden kann.

In einem Punkt haben die Wählischen durchaus recht: es ist in der Tat ein Gebot der deutschen Politik, endlich Stresemann aus der Regierung zu entfernen.

Wirtschaft und Reichspräsidentenwahl

Eine neue Rede von Dr. Marx

W.B. Berlin, 16. April. Reichskanzler a. D. Marx hielt heute bei einem Bankett im zoologischen Garten eine Rede, in der er ausführte, die Ansicht, das Ausland habe sich um rein innerdeutsche Angelegenheiten nicht zu kümmern, sehe an dem Kern des Problems vorüber, der in der Frage zusammengefaßt werden könne: wird die Präsidentenwahl in Deutschland eine politische und damit auch eine wirtschaftliche Kursänderung mit sich bringen oder nicht? Was bedeutet das für unsere Wirtschaft? Im Innern stehe das große Problem der Anpassung unserer Wirtschaft und unserer Staatsfinanzen an die Erfordernisse gegenüber den Vorkriegsverhältnissen, einer gänzlich veränderten Zeit, ungelöst vor uns. Wir ständen vor einem Reformprogramm allerersten Ranges: Neuorganisation der Wirtschaft, Verteilung der Lasten, Reform der Finanzverwaltung, Regelung unserer Wirtschaftsverhältnisse zu anderen Ländern; und in einer solchen Lage wolle man die Spaltung innerhalb des Volkes noch verschärfen durch das Hineinwerfen des politischen Moments den Wirtschaftskampf dadurch verschärfen, daß man eine Scheidung der Geister nach politischer Anschauung herbeizwingen, während doch der Ruf zur Sammlung ein Echo finden sollte.

So hänge die innerwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in hohem Maße von dem Ausgang der Präsidentenwahl ab. Auch außenwirtschaftlich bedeute die Entscheidung am 26. April die Entscheidung über ruhige Weiterentwicklung oder Gegenwirkung. Es gebe im Ausland weite und recht

mögliche Kreise, denen schon die Möglichkeit eines entschiedenen Kurswechsels in Deutschland einen höchst willkommenen Reiz darstelle. Es gebe mächtige Wirtschaftskreise im Auslande, denen daran liege, das kaum erwünschte Mißtrauen gegen den gefährdeten Konkurrenten wieder wahrzunehmen. Das könne unsererseits nicht gleichgültig übersehen werden. Unsere Wirtschaft bedarf immer noch in großem Umfange der Hilfe von draußen. Diese Abhängigkeit vom Auslande werde aber, wenn uns die politische Klugheit nicht verlasse, nicht ewig dauern. Betrachten wir, so schloß der Redner, die ausländische Mißhilfe als unausweichlichen Weg, der uns in die Freiheit führt, eine Freiheit, die eine politische und wirtschaftliche ist, ein Ziel, das wir mit einem solchen Opfer erreichen müssen, und wie ich zuversichtlich hoffe, auch erreichen werden.

Der amtliche Stimmzettel zur Präsidentenwahl

W.B. Berlin, 17. April. Amtlich. Zum zweiten Wahlgang für die Präsidentenwahl sind bis Ablauf der Einreichungsfrist Mitternacht, den 16. April, drei Kandidaten nominiert worden, und zwar:

1. Paul Hindenburg, Generalfeldmarschall, Hannover;
2. Wilhelm Marx, Reichskanzler a. D.;
3. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, M. d. N., Hamburg.

Der Reichswahlleiter hat diese drei Kandidaten zugelassen. Die Anwärter werden in dieser Reihenfolge auf dem amtlichen Stimmzettel erscheinen. Bei dem ersten Wahlgang enthält der amtliche Stimmzettel außerdem ein freies Feld zur Einzeichnung eventueller anderer Kandidaten.

Kann ein Protestant einen Katholiken wählen

Zu dieser Frage schreibt uns ein protestantischer Genosse: Die obenstehende Frage wird gegenwärtig von einer gewissen Sorte Agitatoren mit scheinbar ernster Miene, in Versammlungen, Wirtschaften, Eisenbahnwagen und anderen Plätzen debattiert. Die Frage wird besonders gerne dort aufgeworfen, wo sich unter den Protestanten zahlreiche Sozialdemokraten befinden und in die Frage umgebogen, ob ein Sozialdemokrat einen Katholiken wählen kann.

Die Herren hängen sich dann ein fortschrittlich schillerndes kulturpolitisches Mantelchen um und versuchen zu beweisen, daß die evangelisch-protestantische Kirche, an sich frei und fortschrittlich wäre und der Schluß lautet gewöhnlich: Wählt deshalb nicht Marx, diesen rückständigen Katholiken, sondern den Protestanten Hindenburg.

Demgegenüber will es darauf hinzuweisen, daß es nicht Sache des Reichspräsidenten ist, Schulgesetze zu machen oder solche, die ihm nicht passen abzulehnen, das ist Sache des Reichstags und der Reichsregierung. Diese Frage kann also ruhig im Hintergrund bleiben. Des weiteren ist festzustellen, daß Hindenburg zu den alten Konservativen und jetzt zu den Deutschnationalen gehört und mit diesen Leuten kann es auch der letzte Zentrumsmann in Punkt Kulturpolitik und geistlicher Freiheit ruhig aufnehmen. Die rückständigsten Schulen waren immer dort, wo die protestantischen oberirdischen Junker herrschten.

Wenn ein Protestant keinen Katholiken wählen soll, dann sollte ein Protestant auch nicht um katholische Stimmen buhlen. Die Kandidatur Hindenburg ist, wenn man den Deutschnationalen glauben darf, doch nur zu dem Zweck aufgestellt, um die Stimmen der katholischen Bayerischen Volkspartei zu holen. Das wird aber gewisse protestantische Geistliche nicht abhalten, entsprechend der Weisung des evangelischen Bundes zur Wahl des Protestanten Hindenburg aufzufordern.

Der Kampf gilt aber nicht so sehr dem Katholiken Marx, als dem Republikaner. Als Beweis dafür darf man wohl darauf hinweisen, daß die Deutschnationalen, die jetzt so sehr ihren Protestantismus betonen, recht gerne den Katholiken Stegerwald gewählt hätten. Stegerwald ist eben so strenggläubiger Katholik wie Marx, politisch steht er aber rechts, er ist der Meinung, daß Sozialdemokraten nicht in die Regierung taugen, er ist auch der Meinung, daß die Sozialdemokratie nicht zur Volksgemeinschaft gehöre, wohl aber die Deutschnationalen.

Der von den Deutschnationalen beherrschte Völkerausschuh hätte gerne den katholischen Herrn Stegerwald aufgestellt, wenn ihnen das laubere Plänen nicht durchkreuzt worden wäre. Dann allerdings wäre die Wahl des Katholiken „nationale Pflicht“ für alle guten Deutschen und Protestanten gewesen.

Für jeden Sozialdemokraten ist es Pflicht, in protestantischen Kreisen dieser heuchlerischen Agitation entgegenzutreten. Katholiken und Protestanten sind gleichberechtigt, alle sind gleich gute Deutsche. Wir Sozialdemokraten müssen aber auch darauf hinweisen, daß führende protestantische Geistliche für jene Parteien agitieren, die dem Arbeiter die wirtschaftliche und staatspolitische Gleichberechtigung absprechen und in der, angeblich von Gott gewollten, Abhängigkeit halten wollen.

Ein großer Teil dieser Geistlichen kämpft mit Nationalisten und Völkischen gegen die Weimarer Verfassung. Sie wollen wieder den alten Staat mit seiner Bevormundung, mit seinen Herren und Knechten. Solange diese Kreise einer solchen Politik huldigen, werden ihnen die Arbeiter mit Mißtrauen begegnen. Diese Herren sehnen sich wieder nach dem Zustand, wo sie sich in der Gnadenzone eines Fürsten wärmen konnten.

Der Katholik Marx hat immer konsequent den Standpunkt verteidigt, daß in eine Volksgemeinschaft auch die Sozialdemokratie gehöre. Ihm gilt auch der Arbeiter als gleichberechtigt. Die Präsidentschaftswahl ist nach politischen und nicht nach religiösen Gesichtspunkten zu betrachten.

Ich weiß, daß ebenso wie ich viele Sozialdemokraten, die aus protestantischen Kreisen stammen, dieser kirchlichen Lehre gefühlsmäßig eine große Sympathie bewahrt haben. Die weitgehende Freiheit des Glaubens und Denkens, wie sie der protestantischen Kirche vor allem von Luther gegeben wurde, entspricht der sozialistischen Denkweise viel mehr, als die Gebundenheit der katholischen Kirche. Ich weiß, daß alle diese Genossen auch sonst in verschiedenen Fragen, gerne an der Seite ihrer Kirche stünden, aber daran gehindert werden, durch die politisch reaktionäre Einstellung, besonders der orthodox gerichteten Geistlichkeit. Es wäre deshalb falsch, wenn aus einer gefühlsmäßig gerichteten religiösen Einstellung heraus, politische falsche Schlussfolgerungen gezogen würden. Der Sozialdemokrat darf sich nicht damit begnügen, daß er etwa sagt: „Nun ja, ich werde eben diesesmal einen Zentrumsmann wählen.“

Nein, er muß mit seiner ganzen Kraft mitarbeiten, daß der Kandidat der republikanischen Parteien einen glänzenden Sieg erringt. Nur wenn man den politischen Parteien, die sich heute auf die reaktionär einestellten Geistlichen stützen, eine Niederlage beibringt, werden diese geistlichen Kreise erkennen lernen, daß die protestantische Kirche entweder eine Volkskirche wird, oder ein machtloser Faktor bleibt.

Wer sich auf die Seite der Monarchie und des Großkapitals stellt, verliert beim arbeitenden Volk jeden Anhang.

Protestanten, die aus religiösen Gründen den alten Hindenburg wählen, betunden damit eine selbstgewählte politische Unfreiheit und politische Unreise. Denn Hindenburg wäre nur ein Instrument in der Hand der völkseindlichen, adeligen Großgrundbesitzer, die mit seiner Hilfe ihre frühere Herrschaftstellung wieder erringen wollen.

Durch die Wahl von Marx kommen keine kulturellen Güter des Volkes in Gefahr, wohl aber durch einen Sieg der Hindenburgwähler von Hindenburg. Drum wählen alle freidenkenden Wähler und Wählerinnen den Republikaner Wilhelm Marx.

Kampfschlossenheit der Berliner Sozialdemokratie

Vor den Funktionären Groß-Berlins nahm am Mittwoch abend Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser Stellung zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl, wobei er unter lebhaftem

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die Wahl des Reichspräsidenten macht ein klares, eindeutiges Bekenntnis zum sozialen und demokratischen Volkstaat erforderlich.

Monarchie oder Republik, Absolutistischer Obrigkeitssinn oder Volksherrschaft, Militarismus oder Völkerverehrung,

das sind die Fragen, die das wertvolle Volk am 26. April zu entscheiden hat. Der sogenannte Reichsblock, der vom Reichslandbund und vom Reichsverband der Deutschen Industrie getragen wird, ist für die furchtbare Not und das große Elend der Inflationsjahre verantwortlich. Er hat die Anschließbarkeit seines ersten Kandidaten Jarres erkannt. Es ließen sich mit seiner Kandidatur keine parteipolitischen Geschäfte machen. So ist der Reichsblock auf den überflüssigen Gedanken verfallen, Hindenburg als Kandidaten aufzustellen, einen Mann, der in richtiger Selbsterkenntnis bisher nie den Anspruch erhoben hat, eine politische Rolle zu spielen, einen Mann, dessen ehrenwürdiges Alter ihn davon schließe sollte, ein Opfer der Nationalität angelich nationaler Parteien zu werden.

Diese Spekulation auf den Namen Hindenburg dient nur dem Zweck, hinter einer scheinbar überparteilichen Kandidatur zu verbergen, was der Reichsblock beabsichtigt:

Die Vorherrschaft der wirtschaftlichen und politischen Reaktionäre, die diese Schiebung zustande gebracht haben, die Festigung ihres unkontrollierbaren Einflusses auf die Führung der Reichsregierung.

Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Hindenburg nur dem Namen nach Präsident des Reiches sein soll. In Wahrheit wäre die Führung des Reiches den geschworenen Gegnern seiner Verfassung überantwortet, die jede sich ihnen bietende Gelegenheit benutzen würden, anstelle der demokratischen Republik das alte Herrschaftssystem wieder aufzurichten und die Rechte der Arbeitnehmer zu beseitigen, die in mühevollen Kämpfen den Feinden ihres Aufstieges abgerungen wurden.

Für die Gegner der Republik ist gerade Hindenburg der geeignete Mann. Schon während des Krieges hat er sich von Hindenburg, Tirpitz und den übrigen Kriegsverlängern dazu mißbrauchen lassen, alle Maßnahmen mit seinem Namen zu decken, durch die das deutsche Volk in das tiefste Elend gestürzt wurde.

In diesem Kampf kann es für die in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitnehmer keinen Zweifel geben, daß sie dem breiten Verstand des Reichsblocks und seiner Mitläufer, sich der Führung der Republik zu demächtigen und auf Schleich-

wegen die Verfassung nach ihren Wünschen umzugestalten, einmütigen Widerstand entgegenzusetzen müssen.

Die Gewerkschaften haben sich bei mehr als einer Gelegenheit in den letzten kriegsreichen Jahren als Verteidiger der Republik, als Hüter der Einheit des Reiches, als mächtige und zielbewusste Schützer der Demokratie bewährt.

Sie dürfen auch in dieser entscheidenden Stunde nicht versagen. Die demokratischen Einrichtungen der Deutschen Republik sind die Grundlagen einer besseren Zukunft für das arbeitende Volk, an ihnen darf nicht gerüttelt werden.

Die Mitglieder der Gewerkschaften werden nicht dulden, daß an die Spitze des Reiches ein Repräsentant jener Parteien tritt, die ausschließlich Unternehmerinteressen betreten und ihre Machtstellung im wirtschaftlichen und politischen Leben zu verstärken trachten. Die Gewerkschaften rufen deshalb ihre Mitglieder auf, sich geschlossen für

Wilhelm Marx

den Kandidaten der republikanischen Parteien, einzusetzen. Arbeiter, Angestellte, Beamte! Ihr habt die Macht, die Pläne der Reaktion zum Scheitern zu bringen!

Denkt an den Weltkrieg und seine entsetzlichen Folgen! Denkt an die Millionen von Toten, Krüppeln, Witwen und Waisen! Denkt an die sinnlose Zerstörung von Kultur und Wohlstand! Wie viele dieser Opfer wären den Völkern erspart geblieben, wenn sie sich rechtzeitig von dem verhängnisvollen Einfluß der Militaristen freigemacht hätten.

Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Vorherrschaft des Unternehmertums und seiner politischen Hilfstruppen, im Kampfe für die politische und wirtschaftliche Freiheit ist es eine Pflicht der Selbstbehauptung aller Gewerkschafter, am 26. April

gegen Hindenburg — für Wilhelm Marx

zu stimmen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Grafmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Aufhäuser, Stähr.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Falkenberg, Rohr.

Wichtigkeit dieser Sache noch zu berücksichtigen, daß nach den oben angeführten Vereinbarungen im Reichsblock nur wir als die Reichszentrale berechtigt sind, bei Ihnen zu werben und alle Wahlkreisaustritte und die angehörenden Parteien auf andere Geldgeber verweisen sind.

Mit dem Ausdruck vorgütlicher Hochachtung
geg. Wöbel, Staatsminister,
Vorsitzender des Reichsblocks.

Aus diesem Bittbrief des Erreaktionärs von Wöbel geht mit eindeutiger Klarheit hervor, daß ein bestimmter Kreis der deutschen Industriellen den schwarz-weiß-roten Reaktionsblock finanziert. Weiter ist aus dem Bittbrief zu entnehmen, daß die Schwarz-Weiß-Noten bei der ersten Präsidentschaftswahl in wildem Durcheinander die Industrie gebrandschagt haben. Die Industriellen, die besonders bössartige Feinde der Arbeiterbewegung, wie auch jeglichen Fortschritts auf sozial-politischem Gebiete sind, werden vermittels dieser großen Summen spenden in der Hoffnung, nach einem Siege der Reaktion die gegebenen Summen wieder aus den Knochen der Arbeiter herauszupressen zu können.

Hindenburgs Schwiegersohn als Schmierfink

Die Deutschnationalen spalten von Tag zu Tag mehr wie es ihrem auf den Schild gehobenen Präsidentschaftskandidaten Hindenburg an der nötigen Jugkraft fehlt. Also bietet die „Kreuzzeitung“ am Donnerstag seinen Schwiegersohn, den königlichen Landrat a. D. Hans Joachim von Wodhusen-Justin auf, um durch ihn Hindenburg als den „Diener von Bern“ der Zeitgeist feiern zu lassen. Aber auch dieser Verherrlicher Hindenburgs muß mit den unansehnlichsten Mitteln arbeiten und erspekuliert auf die unendlich große Dummheit der deutschnationalen Leser. Geheißlich wird der Gegenkandidat Hindenburgs, Wilhelm Marx, als der Vater und Vertreter des Marxismus hingestellt, um auf diese Weise die Spießerleser, die es für Hindenburg zu fördern gilt, zu schrecken. Sollen Marx und Marxismus, Wodhusen-Jobber und Schieber, Juristen und Darmkranke, uns noch länger beherrschen mit einer Diktatur so hart und brüden, wie je eine in der Geschichte der Völker? ruft der Herr Schwiegersohn.

Es muß schlecht um die Sache seines greisen Schwiegervaters stehen, wenn mit solchen Mitteln gearbeitet wird, wenn neben den Wodhusenjobbern und Schiebern die Juristen — der Herr königliche Landrat scheint nicht einmal den Affessor gemacht zu haben — in verkommenber Weise besudelt werden. Also zu „Ehre“ des deutschnationalen Kandidaten Hindenburg.

Vom Stahlhelm und Konforten

Braunschweig, 16. April. (Eig. Bericht.) Die braunschweigische Stahlhelm-Regierung hatte füllschweigend das Weichen eines ungesetzlichen Stahlhelm-Arbeitsnachweises gebildet, der die Unternehmer mit billigen Arbeitern versehen sollte. Auf eine Beschwerde des Gewerkschaftsvereins hat jetzt das Landesarbeitsamt Niedersachsen in Hannover die offizielle Bekätigung des Arbeitsnachweises versagt. Die braunschweigische schwarz-weiß-rote Regierung, die in jeder Weise befreit war, den Stahlhelm zu fördern, ist damit in eine große Verlegenheit gebracht worden.

Gegen den Landesoberbundesführer des Stahlhelms Wittenhaut in Braunschweig ist eine Anzeige wegen Meineids erstattet worden. In einem Unterhaltungsprozeß, den einer seiner weiblichen Lehrlinge führt, soll er eine falsche Aussage gemacht haben. Wittenhaut, der bereits mehrmals wegen Kostenverweigerungen verurteilt wurde, ist der Schilling des deutschnationalen braunschweigischen Polizeiministers.

Wahlgelder für den Hindenburgblock

Vor dem zweiten Wahlgang verhielte Herr v. Döberl, der Vorsitzende des Reichsblockausschusses, Bittbriefe, deren Wortlaut der „Vorwärts“ veröffentlicht. Dieser Brief ist nicht nur deshalb interessant, weil daraus hervorgeht, daß die Wahlpropaganda des Reichsblocks ausschließlich auf die Wahlfelder der Industrie aufgebaut ist, darüber hinaus enthält er politische Eingeständnisse, die eine Wiedergabe im Wortlaut rechtfertigen.

Reichsblock zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl. Persönlich und vertraulich! Berlin, 9. April 1925.

Sehr geehrter Herr! Bei dem ersten Wahlgang um den Reichspräsidentenposten hat sich bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ein planmäßiges Aufbringen der finanziellen Mittel nicht ermöglichen lassen. Es war deshalb nicht zu vermeiden, daß einige Firmen von verschiedenen Seiten gleichzeitig um Unterstützung ausgegangen wurden. Dazu kam noch, daß durch den Zusammenschluß der verschiedenen Parteien im Reichsblock auch nach der Wahl selbst, von dem das gesamte Werbematerial ausgeht, und die verschiedenen Wahlkreisaustritte mit eigenen Sammlungen auftraten mußten.

Um bei dem zweiten Wahlgang ein derartiges Durch-einander, das vielfach verstimmt und auf die Gesteuerdigkeit hemmend gewirkt hat, zu vermeiden, ist zwischen den Parteien, den Wahlkreisaustritten und der Zentrale ein Abkommen getroffen worden, nach dem jede dieser Organisationen berechtigt ist, bei einem ganz bestimmten Kreis von Firmen und sonstigen Geldgebern zu werben. Ans ist es hierbei zur Pflicht gemacht worden, Sie zu bitten, ansetzen Wahlbetrag zu unterstützen. Hierbei gestatten wir uns auf folgendes aufmerksam zu machen:

Es muß die Ehrenpflicht eines jeden Deutschen sein, sein Neuherrliches zu tun, um Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Siege zu verhelfen.

Eine Niederlage wäre unerträglich.

Welche Bedeutung sie auf unsere gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung haben würde, erübrigt sich hier auszuführen. Wir beschränken uns deshalb auf die Bitte, uns durch eine großzügige Spende alsbald helfen zu wollen, die Wahlkassen der großen Masse energisch zu bekämpfen. Schnellste Hilfe ist notwendig. Das Werbematerial kann nicht angefertigt werden, solange die dazu erforderlichen Mittel nicht bereitgestellt sind.

Bei Ihrer Entscheidung über die Höhe Ihres Beitrages bitten wir Sie außer der ganz besonderen Dringlichkeit und

Der monarchistische Präsidentschaftskandidat

Wer den Präsidentschaftskandidaten der deutschen Reaktion, den Herrn von Hindenburg kennen lernen will, braucht sich bloß seinen Stuhl anzusehen. Der Stuhl ist der Mann. Als der Kaiser Wilhelm II. Hindenburg das Großkreuz des eisernen Kreuzes verlieh, schrieb Hindenburg an den Kaiser:

„Eurer Kaiserlichen und Königlich Majestät wage ich es für die allergnädigste huldvolle Auszeichnung meinen alleruntertänigsten Dank ehrfurchtsvoll zu Füßen zu legen.“

Es war ein blutiger Wit der Weltgeschichte, wenn ein solcher Mann, der einem Potentaten seinen „alleruntertänigsten Dank ehrfurchtsvoll zu Füßen legt“ Staatsoberhaupt einer Republik werden würde.

Der fast 80jährige Hindenburg macht sich an, in seinem hohen Alter das schwere Amt des Reichspräsidenten ausüben zu wollen. Und zwar derselbe Hindenburg, der mit 63 Jahren zu der Erkenntnis kam, daß er zu alt sei, um noch weiter kommandierender General bleiben zu können. Er nahm im Jahre 1911 seinen Abschied und schreibt darüber in seinen „Lebenserinnerungen“ auf Seite 63:

„Jünger mehr reifte in mir allmählich der Entschluß, aus der Armee auszutreten. Ich hatte in meiner militärischen Laufbahn viel mehr erreicht, als ich je zu hoffen mochte. Krieg stand nicht in Aussicht, und so erkannte ich es für eine Pflicht an, jüngerer Kräfte den Weg nach vorwärts frei zu machen, und erbat im Jahre 1911 meinen Abschied. . . . Der Abschied von Liebesgewonnenen, langjährigen Beziehungen wurde mir nicht leicht. Aber es mußte sein.“

Also schon vor 14 Jahren hat Herr von Hindenburg sich für zu alt erachtet für den doch wirklich nicht strapaziösen Posten eines kommandierenden Generals, und jetzt will er mit beinahe 80 Jahren das schwere Amt des Reichspräsidenten meistern. Ist das nicht auch ein Schindluder Spiel mit dem Volke?

Am 10. August 1918 schrieb Hindenburg an den Kriegsminister v. Schein:

„Aus der Armee kommt immer lauter der Ruf nach Wiedereinführung der Strafe des Anbinbens bei Feigheit und sonstigen schweren Vergehen, die leider jetzt recht häufig an der Tagesordnung sind.“

Alte Feldsoldaten! Habt ihr es mal erlebt, wie eure Kameraden — oft wegen nichtiger Vergehen — vor dem Feind an die Bäume gebunden wurden, so daß sie nur auf den Füßspitzen stehen konnten? Habt ihr gesehen, wie sie nach den ersten zehn Minuten vorne überliefen, wie die Sandelholzknäuel anfangen, die Gesichtsränder blutrot färben? Kennt ihr die Gefühle des Soldaten, der diese von We-nig-jährigen erkundene Strafe über sich ergehen lassen mußte?

Alte Frontsoldaten! Wißt ihr, daß es die Sozialdemokraten waren, die diese Menschenhänderei beim Militär am nachdrücklichsten bekämpften?

Dann wißt ihr auch, welchem Rat und welcher Parole ihr am 26. April zu folgen habt!

In der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ schreibt ein ehemaliger Generalleutnant von Gramon für die Kandidatur Hindenburgs. Der Mann wendet sich kontentbrannt gegen das Zentrum und läßt u. a.:

„Ist es da wunderbar, wenn ich füglich die Frage äußern dürfte, ob ein anständiger Mensch mit den Angehörigen der Zentrumspartei überhaupt noch verkehren konnte.“

Wer ist Wilhelm Marx und wer ist Hindenburg? Herr Marx, der Hauptfeind des widerlichen Raubhandels zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, ist Reichsminister gewesen und hat verfaßt, ist preussischer Ministerpräsident und hat sich blamiert. Er hat sich so blamiert, daß er eigentlich für immer abgetan sein sollte. Größere Bewusstlosigkeit ist nicht denkbar! Er wußte genau, daß der Reichspräsident mit der Sozialdemokratie Herrn Braun das preussische Staatsministerium zugeschanzt hat und ihm dafür der Reichspräsident zu danken hat. Herr Wilhelm Marx betrifft alle republikanischen Parteiführer an innerer Unwahrscheinlichkeit.“

Ein amüsanter Druckfehler ist der volksparteilichen „Zeit“ bei der Wiedergabe des Briefes von Herrn Dr. Jarres an Hindenburg passiert. In dem volksparteilichen Blatte schließt der Brief mit den Worten:

„In verherungsvollster Ergebenheit Dr. Jarres.“

Das ist ebenso schön und amüsanter wie die „rückgratlose Ergebenheit“, die einst in einem nationalliberalen Schreiben an einen deutschen Fürsten verächtlich wurde.

Reichspräsidentenwahl und Sozialpolitik

Eine der ersten Amtshandlungen der im Dezember gebildeten Rechtsregierung war die Wiedereinführung des Dreifächten Systems in den Hüttenwerken und anderen Betrieben, wo die Arbeiter unter großer Hitze arbeiten müssen. Dann kam die Ankündigung, daß recht bald an Stelle der in vieler Beziehung unbefriedigenden Erwerbslosenfürsorge die wirkliche Arbeitslosenversicherung unter Selbstverwaltung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber treten soll. Damit sollte den Arbeitern die soziale Einstellung der neuen Regierung largemacht werden.

Die Einführung des Dreifächten Systems und damit der achtstündigen Arbeitszeit ist seither in verschiedenen Bezirken auf dem Verordnungsweg immer wieder hinausgeschoben worden. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz sollte im März im Reichstag erliebt werden, ist aber jetzt noch nicht über die ersten Vorarbeiten hinaus gediehen, es ist ausgeschlossen, daß es dem Reichstag noch in dieser Session vorgelegt wird. Ebenso steht es mit der Änderung des Unfallversicherungsgesetzes und anderen notwendigen Änderungen der Sozialversicherung. Die Erledigung internationaler Abkommen ist in den letzten Monaten kaum einen Schritt vorwärts gekommen, die Reichsregierung hat sich auf sozialpolitischem Gebiet genau so unfähig erwiesen wie auf anderen Gebieten. Sie hat nicht einmal das zustande gebracht, worauf sie sich bei ihrem Entstehen, aus agitatorischen Gründen, festlegte.

Vorwärts in den Kampf!

Das Gefechtsfeld ist klar. Hier Republikaner, dort Monarchisten, hier der Wille zum sozialen Fortschritt, dort die Absicht schwärzester Reaktion, hier internationale Verständigungsbereitschaft, dort lärmendes Kriegesgeschrei, hier politische Gleichberechtigung, dort bevorrechtetes Herrcentum. So steht das Spiel.

Mit Hindenburg wollen die Reaktionäre und Monarchisten siegen.

Mit Dr. Jarres, dem Duisburger Oberbürgermeister, hatten sie kein Glück. Sie sind nicht nur nicht ans Ziel gekommen, sondern haben eine Niederlage erlitten. Der Schädel brummt ihnen noch vom Wahlausfall.

Was am 29. März begonnen wurde, muß am 26. April vollendet werden.

Nieder mit der Reaktion!

Wer sich zum Kampf stellt, dem muß begegnet werden. General v. Hindenburg, der sich bisher vom politischen Kampf zurückgehalten hat, weil er nach eigenem Geständnis von Politik nichts versteht, hat sich zum Kandidaten für das höchste politische Amt der Republik aufstellen lassen.

Damit hat er auf Schonung verzichtet.

Seine Kandidatur zu bekämpfen ist nun zur heiligsten Pflicht aller Republikaner geworden.

Wir wollen seine Niederlage und sagen es frei: Hindenburg muß nicht durch.

Was wäre der in seinem hochwürdigen General ohne tapfere Soldaten? Die Söhne des deutschen Volkes, ob Christen, Juden oder Atheisten, haben viele Jahre in harter Bedrängnis tapfer gekämpft. Alle wollten sie eine Niederlage vom Vaterland fernhalten. Sie gaben das Höchste, was überhaupt Menschen geben können: Gesundheit und Leben. Millionen sind in fremden Ländern in die Erde gebeutet. Namenlos sind sie geblieben. Ihre Tapferkeit beschätzte den General mit Anerkennung und Ruhm. Dieser Ruhm soll jetzt der Reaktion im politischen Kampf zum Siege verhelfen. Darum die Kandidatur des Generals von Hindenburg.

Der Plan der Reaktionäre und Monarchisten muß zerfallen, zerfallen am Siegeswillen der Republikaner.

Vorwärts in den Kampf!

Jene Presse, die eifrig zur Wahl des Reichsblockkandidaten Nummer 2 auffodert, hat berichtet, daß Herr v. Hindenburg in alter Anhänglichkeit und Treue im engsten Briefwechsel mit seinem ehemaligen kaiserlichen Herrn, dem jetzigen Wilhelm von Doorn, stehe und nichts ohne sein Einverständnis beginne. Wir haben durchaus Verständnis dafür, wenn Personen, die durch die Schule des monarchistischen Staates gegangen sind und seine militärischen Einrichtungen bis zu den höchsten Postern durchschritten haben, die Monarchie im Gedanken bewahren. Niemand kann aus seiner Haut.

Solange Herr v. Hindenburg als General a. D. und Privatmann in Hannover lebe, war der Briefwechsel mit dem früheren Kaiser seine persönliche Angelegenheit, die die Allgemeinheit nicht kümmerte.

Nun aber steht die Sache ganz anders. Herr v. Hindenburg

Der Reichspräsident kann allerdings auch keine sozialpolitischen Gesetze erlassen, wir aber können dafür sorgen, daß bei der Wahl ein Wahlergebnis herauskommt, aus dem die Herren ersehen, daß ihre Unfähigkeit und der fehlende Wille, etwas zu schaffen, erkannt sind. Deshalb keine Stimme den Rechtsparteien, keine Stimme den Kommunisten, die durch ihre Politik nur eine richtige Arbeiterpolitik verhindern, sondern alle Stimmen dem auch von der Sozialdemokratie gutgeheißenen Kandidaten Wilhelm Marx.

Dr. Josef Birtch,

der frühere Reichsanwalt und heutige Reichsausschussmitglied, unternimmt soeben eine Propagandareise für die Kandidatur Marx durch Deutschland.



Die Kommunisten und die Reichspräsidentenwahl

Die durch das verbündeten kommunistischen Agitatoren verjungen in den Betrieben damit zu wirken, daß sie den Arbeitern sagen, wir hätten den Boden des Klassenkampfes verlassen, indem wir für Marx eintreten. Diesen Konfusions-

burg ist Präsidentschaftskandidat geworden mit dem Willen, Präsident der Republik zu werden. Da ist nun zu fragen: Ist Herr v. Hindenburg Präsidentschaftskandidat mit Genehmigung des ehemaligen Monarchen? Also Ihr Herren vom Reichsblock: Heraus mit der Wahrheit! Das Volk hat ein Recht, sie zu fordern.

Wie dem aber auch sei, Herr v. Hindenburg als Präsident der Republik wäre nur als ein Schlaghalter der Monarchie zu betrachten.

Als solcher will er auch unstreitig gewertet sein.

Die deutsche Republik würde zum Gefährt der Welt werden, wenn diese monarchistische Präsidentschaftskandidatur einen Erfolg erzielt.

Es ist eines jeden Volkes eigene Angelegenheit, den ersten Beamten des Staates zu wählen. Demnach hat jede Nation die Stimmung der internationalen Welt zu beachten. Diese Reichsblockkandidatur hat in der ganzen Welt höchstes Aufsehen erregt. Wie erst würde ihr Sieg wirken?

Das kaiserliche Deutschland hat unter dem letzten Monarchen die Weltstimmung mißachtet. Wohin wir damit gekommen sind, ist bekannt. Jahrzehnte werden die Folgen dieser vergangenen Regierungskunst noch zu spüren sein.

Ist das nicht genug?

Will die Mehrheit des deutschen Volkes — und nur sie bestimmt den Präsidenten der Republik — auch mißachtend an der Weltstimmung vorbeigehen? Das darf sie nicht. Die Welt erblickt in dieser Reichsblockkandidatur einen Hohenzollernmann. Es ist schon schlimm genug, daß sie erleben konnte. Der Geist des alten kaiserlichen Deutschland hat sie heraufbeschworen. Die republikanischen Volksmassen müssen sie am 26. April in die Verfassung bringen, ohne Rücksicht auf Alter und Person, ohne jede Sentimentalität.

Die Arbeitermassen müssen in den vordersten Reihen des Kampfes für die Republik stehen. Auch für die kapitalistische Republik, denn sie ist die Staatsform, in der die Arbeiterklasse die sozialen Kämpfe am besten durchschlagen kann. Die Arbeiterschaft muß sich für die Republik entscheiden, wann und wo immer es sei.

Im höchsten Maße reaktionär handeln die Arbeiter, die für den kommunistischen Kandidaten Thälmann stimmen.

Könnte im ersten Wahlgang diese Kandidatur schmerzhaft als „Bählmann“ vermerkt werden, so ist sie nunmehr, da sie auch für den zweiten und entscheidenden Wahlgang aufgestellt wurde, als Stählmann zu bezeichnen. Stählmann im Lager der Republik. Schußman der Reaktion.

Diesem grauenamen Spiel müssen jene Arbeiter ein Ende machen, die am 29. März für die kommunistische Kandidatur gestimmt haben. Sie müssen sich, genau wie die sozialdemokratisch gestimmten Arbeiter, nunmehr für die Kandidatur Marx entscheiden.

Vorwärts in den Kampf! Das Gefechtsfeld ist klar. Vorwärts zur Propaganda für den Kandidaten der Republik, auf zum Kampf gegen den monarchistischen Reaktion! Es gilt zu kämpfen und dann werden wir siegen, den alten Gewalten zum Trotz.

politikern muß man antworten, daß zur Führung des Klassenkampfes auch ein möglichst günstiger Boden ausgesucht werden muß. Ein solcher Boden ist in der demokratischen Republik und diese gilt es bei der kommenden Wahl zu festigen.

Dann muß man ihnen die Gegenfrage stellen, ob es Klassenkampf war, wenn die Kommunisten im Reich und in Preußen in Regierungen, in denen Sozialdemokraten saßen, im Bunde mit den Deutschnationalen fürsteten und den Rechtsparteien zum Siege verhalfen, denn nur mit kommunistischer Hilfe konnten diese Parteien siegen.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Einfluß zurückgedrängt werden konnte, dann hauptsächlich durch die verbrecherische und verwerzliche Vagitation der Kommunisten. Mit dieser Partei kann man keine Politik machen. Dieser Partei kann nur scharfer Kampf gelten, damit die Arbeiterbewegung sowie die öffentlichen Körperschaften von diesen serfendenden Elementen befreit werden.

Der Kommunismus entzieht, wie eine Schwarzerbsenpflanze, den nützlichen Gebilden die Kraft, die sie zu ihrer Entfaltung brauchen und den Nutzen haben die Geanter der Arbeiterbewegung. Wer die Sache der Arbeiterbewegung fördern will, wächt in diesem Wahlgang den Kandidaten der Republik: Wilhelm Marx.

Die Völkischen und die bayerische Volkspartei

München, 15. April. (Eig. Bericht.)

Die innere Bruchigkeit des Reichsblocks ist in Bayern besonders stark zu verspüren. Einmal haben sich die Völkischen bereits grollend von der „Einheitsfront“ zurückgezogen, und schließlich stürzte die offizielle Hindenburg-Parole der Bayerischen Volkspartei, die mit ihrer einen Million Stimmen vom Reichsblock gern als Zünglein an der Waage hingestellt wird, auf immer beständigen Widerspruch in den eigenen Reihen. Der „Völkische Kurier“ gibt nunmehr die Erklärung, warum die Völkischen sich geweigert haben, den Wahlauftrag des Reichsblocks mit zu unterzeichnen:

„Die Wahl Hindenburgs setzt die Ablehnung von un-deutschen Wesen, von nationaler Schwäche, einen Kurswechsel in der Außenpolitik voraus. Stresemann muß fallen, der vor dem deutschen Volk den Sicherheitspakt zu verantworten hat. Da aber die Partei Stresemann, die sich bis zuletzt gegen die Kandidatur Hindenburg gewehrt hat, den Aufzug mit unzerzeichnet, haben die Völkischen allen Anlaß, an einem ehrlichen Kurswechsel zu zweifeln. Bleibt Stresemann im Amte des Außenministers, dann bleiben auch die Verprechungen des Reichsblocks leerer Schall und Rauch.“

Der „Bayerische Kurier“, das Münchener Organ der Bayer. Volkspartei, gibt in einem Artikel „Parteidisziplin und unmittelbare Volkswahl“ vor der Öffentlichkeit zu, daß das Eintreten der Bayerischen Volkspartei für Hindenburg in den Wählerkreisen der Partei nicht jene einhellige Zustimmung gefunden habe, wie sie die Befürworter des Beschlusses wohl erwartet hätten. Sehr deutlich aber gibt das Blatt zu erkennen, daß die Parteidisziplin noch keineswegs zur Wahl Hindenburgs verpflichtet.

Das offizielle Parteiorgan gibt also, wenn auch in gemäßigten Sätzen, seinen Lesern den Rat, sich um die Parteiparole nicht zu kümmern.

Große republikanische Wählerversammlung

Die drei Parteien der Weimarer Koalition, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten, haben in Gemeinschaft mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, auf den kommenden Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr, eine große öffentliche Versammlung

nach der Städtischen Festhalle einberufen.

In dieser großen republikanischen Veranstaltung wird der

Volksblock-Kandidat Reichskanzler a. D. Dr. Marx

sich den Wählerinnen und Wählern der Landeshauptstadt und damit auch Badens vorstellen.

Außerdem werden sprechen:

- Für die Demokraten Staatspräsident Dr. Sellpach,
- für das Zentrum Landtagspräsident Dr. Baumgartner,
- für die Sozialdemokratie Reichstagsabgeordneter Schöpflin.

Da mit überaus großem Andrang zu rechnen ist, sind Parallel-Veranstaltungen im Konzerthaus und im kleinen Festhallsaal vorgesehen, wobei gleichfalls sämtliche Redner sprechen werden; außerdem wirkt die Reichsbanner-Kapelle Karlsruhe unter Leitung ihres Kapellmeisters Lüttgers mit.

Der Vorverkauf ist eröffnet; die Eintrittskarte kostet 30 Pfg., an der Abendkasse 50 Pfg. Karten sind zu haben in den Filialen des Zigarren-Geschäftes Töpfer (Kriegsstr. 5, Ruppurrerstr. 10 und Kaiserstr. 133), in der Volksbuchhandlung, in der Expedition des „Volksfreund“ und bei den Vertrauensleuten. — Es wird empfohlen, sich sofort mit Karten zu versehen, da der Andrang groß werden wird. Auch in den Parallelversammlungen werden die gleichen Redner sprechen, wie in der Festhalle.

Kommunistische Wahllüge über die Jungsozialisten

Von der Reichsleitung der Jungsozialisten wird uns geschrieben: Die Berliner „Motte Fabne“ Nr. 84 vom 15. April berichtet über die Reichskonferenz der Jungsozialisten zu Osnabrück in Jena, daß mit 75 gegen 45 Stimmen die Wahl von Marx abgelehnt und Sitzenhaltung beschlossen sei. Diese Meldung ist in allen Teilen frei erfunden. Die Konferenz hat sich mit der Frage der Präsidentschaftswahl überhaupt nicht beschäftigt und demzufolge auch keine Abstimmung darüber vorgenommen. Die scharfen Auseinandersetzungen um das Reichsbanner bestehen ebenfalls nur in der Phantasie des kommunistischen Berichterstatters. Diese plumpe Wahllüge darf die Jungsozialisten nicht hindern, mit allen Mitteln für die Wahl von Marx einzutreten.

Von der Reaktion in Oldenburg

Das Beamtenministerium Oldenburg, das verfassungswidrig die Auflösung des Landtages verfügt hat, hat nunmehr die Landtagswahlen auf den 24. Mai anberaumt. Zunächst wird allerdings das Urteil des Staatsgerichtshofes, das in den nächsten Tagen ergehen soll, abzuwarten sein. Auf Antrag der Reichsparteien ist der Staatsgerichtshof bekanntlich zur Entscheidung angerufen worden, ob diese Beamtenregierung zur Auflösung des Landtages berechtigt war.

Militärische Putschisten in Südamerika

Nachrichten aus Südamerika besagen, daß in verschiedenen Städten der Republik Kolumbien Vorbereitungen zu einem militärischen Putsch, der gleichzeitig über das ganze Land ausbrechen und einem Direktorium von Generalen die Regierung in die Hände spielen sollte, entdeckt wurden. Die Offiziere, die den Putsch planten, wurden auf Befehl der Regierung verhaftet, ohne daß es zu Unruhen gekommen ist.

Aus der Wahlbewegung

Am Mittwochabend tagte in Forzheim im „Saalbau“ eine von den Weimarer Koalitionsparteien einberufene republikanische Wählerversammlung, in der die Reichstagsabgeordneten Schöpflin (Sozialdemokrat) und Dr. Breitkreiser (Demokrat) sprachen. Die Versammlung hatte einen recht guten Besuch aufzuweisen, was deshalb als erfreulich bezeichnet werden darf, weil sie erst am gleichen Tage mittags öffentlich bekannt gemacht worden ist. Es fanden für die Bekanntgabe und die Propaganda nur acht Stunden zur Verfügung. Die beiden Redner fanden stürmischen Beifall mit ihren Ausführungen. In Forzheim, wo die Schwarz-Weiß-Noten von den Fabrikanten auf das Eifrigste unterstützt werden, dürfte der Wahlkampf ein außerordentlich heftiger werden.

Öffentliche Wähler-Versammlungen

zur Reichspräsidentenwahl mit dem Thema: „Warum Marx?“ finden statt:

- Freitag, 17. April:**
Singen bei Durlach: abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Gen. Dr. Engler-Karlsruhe.
Baden-Viduental: abends 8 Uhr im „Gäcistenberg“. Ref.: Stadtd. Wunder-Baden-Baden.
- Samstag, 18. April:**
Baden-Baden: abends 8 Uhr im „Erbringen“. Referent: Stadtrat Gen. Hubert-Baden-Baden.
Gengenbach: abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Landtagsabgeordneter Wirt-Appenweier.
- Sonntag, 19. April:**
Spielberg Amt Ettlingen: mittags 2 Uhr in der „Traube“ Referent: Landtagsabgeordnete Genossin Fischer-Karlsruhe.
Baden-Weil: abends 8 Uhr im „Goldenen Anker“. Ref.: Stadtd. Gen. Döbel-Baden-Baden.
Baden-Baden: vorm. 11 Uhr am Landestheater (im Freien). Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpflin-Karlsruhe.
Willingen Amt Forzheim: mittags 3 Uhr in der „Sonne“. Referent: Landtagsabg. Gen. Graf-Forzheim.
Ippringen: abends 7 Uhr im „Köhle“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Graf.
Wiesern: abends 7 Uhr in der „Linde“. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpflin-Karlsruhe.
Linsenheim: mittags 1/3 Uhr in der „Krone“. Referent: Gen. Pfalzgraf-Durlach.
Hohersweier Amt Nehl: mittags 3 Uhr im „Grünen Wald“. Referent: Gen. Prof. Rothbach-Karlsruhe.
Leutensheim Amt Nehl: abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Gen. Prof. Rothbach.
Ettlingen Amt Forzheim: mittags 3 Uhr in der „Linde“. Referent: Landtagsabg. Gen. Rüdert-Karlsruhe.
Stein Amt Forzheim: abends 7 Uhr im „Sternen“. Referent: Landtagsabg. Gen. Rüdert.
Bauschlott: mittags 2 Uhr im „Ochsen“. Referent: Gen. Lomberg-Forzheim.
Güringen: abends 1/2 Uhr im „Engel“. Referent: Gen. Lomberg.
Düren A. Forzheim: mittags 2 Uhr im „Lamm“. Referent: Gen. Geh-Forzheim.
Rieselfronn: abends 7 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Geh.
Hohenfeld: mittags 2 Uhr im „Lamm“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Horter-Karlsruhe.
Wurm: abends 1/2 Uhr im „Läden“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Horter.
Langenels Amt Forzheim: mittags 3 Uhr im Rathaus. Referent: Gemeinderat Glunz-Ettlingen.
Weiler Amt Forzheim: mittags 2 Uhr in der „Linde“. Referent: Stadtrat Gen. Fißler-Karlsruhe.
Ittersbach Amt Forzheim: abends 7 Uhr im „Bahnhof“. Referent: Stadtrat Gen. Fißler.
Heidelsheim Amt Bruchsal: mittags 1/2 Uhr im „Adler“. Referent: Landtagsabg. Gen. Wirt-Appenweier.
- Blittersdorf Amt Rastatt: mittags 4 Uhr in der „Krone“.** Referent: Gen. Friedrich-Rastatt.
Ottersdorf Amt Rastatt: mittags 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Stadtd. Henschler-Rastatt.
Reinmatten Amt Rastatt: mittags 3 Uhr im „Schiff“. Referent: Gen. Weller-Rastatt.
Gondelsheim Amt Bretten: mittags 3 Uhr im „Lamm“. Referent: Gen.-Sekretär Gen. Frey-Karlsruhe.
Hagsfeld: mittags 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Landgerichtsrat Gen. Dr. Kullmann-Karlsruhe.
Kirnbach A. Bretten: mittags 1/2 Uhr im Rathaus. Referent: Gen.-Sekretär Gen. Koch-Karlsruhe.
Münzesheim Amt Bretten: mittags 3 Uhr im „Lamm“. Referent: Gen. Frey-Hagsfeld.
Diebsheim Amt Bretten: abends 7 Uhr in der „Sonne“. Referent: Gen.-Sekr. Gen. Frey-Karlsruhe.
Menzingen Amt Bruchsal: mittags 1/2 Uhr im „Adler“. Ref.: Stadtd. Gen. Ries-Karlsruhe (gemeinschaftl. Verf.).
Forzheim: abends 8 Uhr im „Vollshaus“. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
Unterswisheim Amt Bruchsal: mittags 3 Uhr im Rathaus. Referent: Bürgermeister Gen. Riber-Durlach.
Diersheim Amt Nehl: abends 8 Uhr im „Schwanen“. Ref.: Gen. Vogel-Offenburg.
Rheinbischofsheim Amt Nehl: mittags 3 Uhr im „Adler“. Ref.: Gen. Vogel-Offenburg.
- Dienstag, 21. April:**
Eßlingen: abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Horter.
Baden-Baden: abends 8 Uhr im „Geiß“. Referent: Stadtrat Gen. Sulzer-Baden-Baden.
- Mittwoch, 22. April:**
Baden-Baden: abends 8 Uhr in der „Brauerei Meßer“. Referent: Stadtd. Gen. Schmedenecher-Baden-Baden.
Baden-Oberweier: abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Ref.: Stadtrat Gen. Sulzer-Baden-Baden.
Nehl: abends 8 Uhr im „Schiffsaal“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Rüdert-Karlsruhe (gemeinschaftl. Verf.).
- Donnerstag, 23. April:**
Rastatt: abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Gen. Dr. Engler-Karlsruhe (gemeinschaftl. Verf.).
Wilsdingen Amt Forzheim: abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Gen. Prof. Dr. Geiger-Forzheim.
Bretten: abends 8 Uhr in der „Stadt Forzheim“. Referent: Innenminister Gen. Reimle-Karlsruhe.
Die Genossinnen und Genossen werden dringend ersucht, für guten Besuch dieser Versammlungen zu werben. Die Versammlungsleiter werden ersucht, unjener Kampfklasse zu gedenken. Die Ortsvereinsvorsitzenden werden nochmals ersucht, für rasche Anmeldung der Versammlungen auch in den zur Bearbeitung angelegten Nachbargemeinden Sorge zu tragen. Gleichzeitig wird an die Abfertigung der Briefkastensabrechnung erinnert. Drinks, Parteisekretär.

Maggi's Fleischbrüh-Würfel

ermöglichen es, kräftige Suppen, schmackhafte Gemüse und delikate Soßen herzustellen.

Achtung auf den Namen Maggi und die rot-gelbe Packung.

1 Würfel nur 4 Pfennig



MAGGI's gute, sparsame Küche.

Unterhaltung und Belehrung

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg
von Bruno Schöndfelder

(Fortsetzung)

„Kann wohl sein,“ war die Antwort. „Die letzten Tage habe ich viel durchgemacht, es ging heiß her, und dazu noch die vergangene Nacht verirrte im Wald verbracht.“

„Aber wie heißt das Dorf?“

„Reichenbach heißt es nach dem Bach hier, der da unten in die Fels läuft, die von der Alb herabkommt und weiter unten in den Neckar fließt. Vielleicht weißt du nun Bescheid!“

„Nein, ich bin hier ganz unbekannt. Wozu gehört das Dorf?“

„In Württemberg, liegt etwa in der Mitte zwischen Eßlingen und Göppingen. Dort liegt Eßlingen und dort Göppingen, dazwischen allerlei Klöster und Ritterhöfe, das meiste ist aber württembergisch.“

„Auch ich bin Württemberger, bin drohen vom Murrhardter Wald her und will nach Kirchheim zum Feuerbacher. Gibts bei euch Verpflegung und Unterkunft für leeren Leib und müden Körper? Gibts Hölz für einen zerfallenen Kopf? Er brennt nicht wenig.“

„Das kann ich mir denken. Gebulde dich nur ein wenig, bald wird dir geholfen werden. Ich bin der Wirt zum „Hirschen“, kannst also bei mir bleiben. Als alter Kriegsmann verstehe ich mich auch auf Wunden und dort schon manchen hergestellt, der schlummer zugerichtet war als du. Siehst bös aus. Nicht Schwert, noch Speiß, noch Ägeln sind es gewesen, ein Brandfiedl isst und schlegt heißbar; die Narbe geht nicht wieder weg, sie bleibt dein Leben lang.“

„Brennendes Peß sprühte mir auf die Stirn!“

„Ein Glück für dich, daß es die Augen nicht getroffen hat, sonst wärest du jetzt völlig erblindet; lieber eine Hand verloren, als das. Wie kam es? Sicher hast du mitgegangen und mitgebrannt im Lande!“

„Was soll ich leugnen,“ antwortete der Gefragte. „Es geschah gestern abend, als wir ein Kloster auf den Höhen nicht weit vom Hohenstaufen austränderten. Ein Pfaffenknabe ging fehl, anstatt des Daches traf er die Mauer und Spritzer mich. Ich sollte gerade eine Botenschaft bringen und habe mich dann verirrt.“

„Gute Scheint sie, wie alles bei den Bauern, nicht gehabt zu haben, sonst wärest du nicht zu Fuß,“ erwiderte der Wirt. „Anstatt bei Ebersbach bist du bei uns herausgekommen, der Umweg ist nicht weiter schlimm, doch hast du viel Zeit veräuht.“

„Lut nichts, dafür ist sicherlich mein Gefelle rechtzeitig angekommen, der einen anderen Weg einschlug,“ log Lambert.

„Das Kloster — es ist doch wohl das zu Uelberg — hätte ihr nicht abtun dürfen, es ist eine der besten Herrschaften der Gegend; in der Nähe gehören Zell und Altbach dorthin, außerdem sitzen auch hier Leute von ihm, die es recht gut haben, jedenfalls besser als wir. Ich wüßte manche Herrschaft, manches Kloster, ja manche Stadt in der Gegend, die ihr eher hätte abtönnen können als gerade das Ulrichskloster da oben, das sich von jeder durch gute Zucht ausgezeichnet hat. Erst vor einigen Wochen war ein Mönch von dort bei uns, Gottfried hieß er, um nach dem Rechte zu sehen. Er war ein echter Diener des Herrn, verständig und gütig, und streng nach der Regel lebend; ich hätte es nicht geglaubt, wenn ich es nicht selbst gesehen hätte. Nicht mal ein Schöpple Wein trank er. Der Sprache nach konnte er aus deiner Gegend sein, und sollte ich mich nicht täuschen, so hatte er auch eine große Keckheit mit dir. Es gibt eben merkwürdige Zufälle.“

„Beim Brand des Hohenstaufen warst du wohl auch dabei?“

Lambert nickte nur zur Antwort und griff verlegen an seine Stirn, weil ihn der Wirt an den Bruder erinnerte.

„Der Kopf schmerzt dich, ich kann mirs denken,“ fuhr dieser, Lambert falsch vernehmend, fort. „nur Geduld, gleich wird dir das ein wenig besser. Also zum Feuerbacher willst du, der eure verfahren Sache retten soll? Mann, ich rate dir: Erledige deine Botenschaft, und dann — gehe heim, es es zu spät ist. Du weißt nicht, wie die Sache noch abläuft. Gut jedenfalls nicht. Laßt deshalb deine Hand von diesem Mord und Brand; es führt zu nichts, höchstens zu einer schrecklichen Strafe, die leider Gottes auch Unschuldige treffen wird.“

„Warum zu keinem Ziel?“ rief Lambert unwillig. „Sind wir nicht bereits die Herren im Lande, haben wir nicht Stuttgart, ist nicht all das Gefindel von Oesterreichs Gnaden ausgerissen? Nur ein paar Wochen noch, dann sind auch die letzten festen Plätze gefallen und wir geben der Landschaft neue Form und Fassung. Und da schmäht du solchen Unstinn! Ist das dein Ernst, Mann, oder stehst du gar zu Oesterreich?“

„Erst laß mich ausreden, ehe du weiter schmäht,“ fiel ihm der Alte schnell ins Wort. „Es ist mein Ernst. Ich könnte ja sagen, ich sei ein alter Mann und gehörte nicht ins Lager. Aber ein alter Landsknecht, wie ich, fragt nicht nach Entehrungen oder einem Loch im Körper, wenn eine Sache Sinn hat. Eure hat leider keinen, und deshalb mag ich nicht mit, denn ein Sieg ist gänzlich ausgeschlossen. — Nur Ruhe, laß mich fertig werden. Du kommst später dran!“ — Sag mir mal ehrlich: was seid ihr, wenn ihr im Lande herumzieht und württembergische Klöster, Höfe und Burgen ausplündert und verbrennt? Räuberbanden seid ihr, denen nichts am allgemeinen Wohl liegt, sondern die nur für ihre Taschen sorgen. Drum seht euch alles, aber auch alles zum Sieg. Einigkeit und ein festes Ziel sind die Hauptsache dazu. Aber wie ist es bei euch damit? Der eine Hause zieht dahin, der andere dorthin, der eine will zerstören, der andere im Guten auskommen, der eine brennt, der andere

verschont, der eine droht, der andere bittet, der eine hält zum neuen Glauben, der andere zum alten. Nur in den Artfeln seid ihr einig, aber auch bloß auf dem Papier. Und wie sieht es erst mit dem Gehorsam. Jeder will gebieten, und keiner will gehorchen. Es ist ein Reden, Streiten und Janfen, ein Befehlen und Widerrufen, ein Hin und Her, ein Kommen und Gehen, wie es schlimmer nicht sein kann. Und je zahlreicher ihr seid, desto größer ist die Verwirrung, jeder Hauße hat ein paar Köpfe und das Heer gleich ein paar Duzend. Können Männer wie Rothbach und Feuerbacher, wie Berlichingen und Egger an einem Strang ziehen? Wo soll da Ordnung herkommen? Habt ihr wirklich etwas Entschliches erreicht? Denke mal nach, Ihr seid nicht weiter gekommen, als euch das Land freiwillig überlassen worden ist. Habt ihr den Neuffen, habt ihr Urach, habt ihr Tübingen? Nein! Und wenn ihr die nicht habt, dann habt ihr nichts. Die Befehlungen spotten euer, und mit Recht, denn sie wissen zu genau, daß es, sobald der Truchseß kommt, mit eurer ganzen Herrlichkeit aus ist. Ich alter Mann getraue mir sogar, euer Heer mit ein paar Fährlein Landsknechte auseinanderzuprennen, daß es nur eine Art hat. Noch eine ganze Waffe könnte ich sagen, aber du siehst auch, so, daß ich Bescheid weiß. Ich rate dir darum nochmals: Gehe hin, wo du hergekommen bist, so lange es noch Zeit ist!“

Lambert fand darauf keine Antwort. Der Alte hatte zu überzeugend gesprochen, wenigstens war es nicht möglich, die Einzelheiten ohne weiteres zu widerlegen. Auch hatte er die gleichen Ansichten schon von anderer Seite gehört, allerdings ohne bisher viel Wert darauf gelegt zu haben. Heute schienen ihm die Gründe aber sehr gewichtig, und so ging er schweigend und nachdenklich neben dem Wirt einher.

Dieser fuhr fort: „Jetzt hast du meine Meinung gehört, nun sag du deine; es sollte mich freuen, wenn ich unrecht hätte!“

Da Lambert nicht antwortete, schloß die Unterhaltung ein, und sie gingen schweigend weiter, bis sie im Dorf vor einem stattlichen Haus anlangten, das einen Hirschen im Schild führte. Hier blieb der Wirt stehen und sagte: „Nichts für ungut, wenn ich dich gekränkt haben sollte, mein Rat kam jedenfalls aus relichem Herzen. Kannst ja immer noch tun, was du willst! — Das ist mein Haus. Sei willkommen.“

Sie traten ein, und bald war Lamberts Stirn kunstgerecht verbunden, was ihm recht wohl tat. Das kräftige Essen und die Gesellschaft des wackeren Wirtes, der trotz vieler Arbeit ab und zu nach dem Gast sah, halfen des weiteren und milderten die Erinnerung an die vergangenen Stunden und ihre Pein. Und als er am Abend im Kreise der Familie saß, wo über allerhand aus der Wirtenschaft geplaudert wurde, schienen die quälenden Gedanken ganz verschwinden zu wollen, auch fand er im Frieden des Hauses bald den so notwendigen Schlaf.

(Fortsetzung folgt.)

Weil niemand Wilhelm zu wecken wagte mußte ein Weiß herben

In dunkle Abgründe der sogenannten „großen Zeit“ führt eine Episode, die ein Regierungsrat Dr. v. Böhm als Selbstverleumdung in einem gut bürgerlichen Blatte erzählt:

Es handelt sich um die Angelegenheit der Ermordung der Frau Cavell, eine Tat von unerhörter Grausamkeit, die Deutschland so unendlich viel gekostet hat, und die ein stehendes Hauptargument für die feindselige Propaganda in der ganzen Welt bildete. Dr. v. Böhm erzählt:

Zu Beginn des Krieges hatte eine englische Passagierin, Edith Cavell, ein Militärärzterei in Brüssel, in dem deutsche und alliierte Soldaten gepflegt wurden, besucht. Am 5. August 1915 wurde sie in aller Stille festgenommen und vor dem Gouvernementsgericht in Brüssel und Spontankriegsgericht verurteilt, Soldaten zur Flucht nach Holland zu verhelfen zu haben. Entgegen der in solchen Fällen üblichen Praxis verurteilte man, den amerikanischen Gesandten in Brüssel, Dr. Whitelock, der die Interessenvertretung der englischen Staatsangehörigen übernommen hatte, sofort von der Verhaftung und dem Verfahren Mitteilung zu machen, so daß Whitelock erst drei Wochen später von dem amerikanischen Vertreter in London gebeten wurde, sich des Falles anzunehmen. Whitelock hat zunächst das Gouvernementsgericht um Genehmigung für den juristischen Beirat der Gesandtschaft, de Leval, die Gefangene im Staatsgefängnis St. Gilles sprechen zu dürfen. Als dieses Schreiben nicht beantwortet wurde, wandte sich Whitelock auf dem offiziellen Wege an Herrn von Landen, der ihm am 12. September 1915 seine Bitte ablehnen mußte. Am 7. Oktober wurde Edith Cavell auf Grund des § 58 des Militärstrafgesetzbuches zum Tode verurteilt, obwohl sie jede Schuld energisch bestritt. Als Herr de Leval das Urteil bekannt wurde, begab er sich sofort zur Politischen Abteilung, wo er aber Herrn von der Landen nicht antraf. Ihm wurde gesagt, daß Letzter sei noch gar nicht gefällig, während es nur noch der Bestätigung durch den General Sauberejewicz harret! Als nun Herr de Leval den ganzen Tag über einen ihm zugefügten Befehl der Politischen Abteilung vergeblich erwartete, begab er sich am Abend mit dem spanischen Gesandten, dem Marquis de Villalobos, zu Landen, in dessen Wohnung sie kurz nach 8 Uhr eintrafen. Erst gegen 11 Uhr kamen Landen und Herr von der Landen, Graf Hertzog und Baron Falkenhayn, nach Hause. Villalobos legte nun Landen ein Petitionsgesuch für Frau Cavell vor. Er betonte, daß er von der Ausschließlichkeit seiner Bemühungen überzeugt sei, trotzdem telephonierte er sofort an den verantwortlichen General Sauberejewicz. Wenige Minuten später kehrte er mit dem Bemerken zurück, das Urteil sei tatsächlich gefällt und solle noch in dieser Nacht vollstreckt werden. Villalobos und Leval redeten nun lebhaft auf die Herren ein, indem sie das Entschliche der Ermordung einer Frau, deren Schuld keineswegs erwiesen sei, betonten, und auf die Wirkung hinwiesen, die eine solche Hinrichtung in der ganzen Welt auslösen würde.

Bis lange nach Mitternacht besprachen sich die Herren noch in der Politischen Abteilung und veranlaßten Landen — entgegen seinen Intentionen — an den Kaiser zu telephonieren. Dort wagte nun kein Mensch mehr den Kaiser zu wecken, so daß auch dieser Schritt mißlang. Beim Verlassen der Politischen Abteilung trafen Villalobos und Leval auf einen Boten der amerikanischen Gesandtschaft, der ihnen mitteilte, die Gefangene be-

fände sich im Staatsgefängnis von St. Gilles und bäte um den Bestand ihres eigenen Geistes, der ihr verweigert würde. Leval kehrte nochmals um und Landen stellte sofort die erforderlichen Ausweise aus. Kurz nach 3 Uhr morgens gelangten die Herren mit dem Geisteslichen an das Gefängnis. Um 3 Uhr war die Hinrichtung vollzogen worden. Um 10 Uhr traf ein Telegramm vom Hauptquartier ein: „Auf Befehl des Kaisers hat jede Hinrichtung von Frauen zu unterbleiben!“ Die Korrekturen und Heftpresse hämmerten der Welt den Fall Cavell und den Namen Landen ein, der der Unschuldigen an der ganzen Sache war.

So hiermäßig wurde die deutsche Sache in einer Zeit geführt, da um unser aller Schicksal gewirbelt wurde! Wo die Militärs mit ihren schwachen Köpfen und plumpen Fäusten „Politik“ machten, mußte für Deutschland alles in die Wägen gehen.

4. Internationaler Dentistkongress

Internationale Ausstellung für Zahnpflege und Dentistik in Wien

Nach dem Beschluß des Reichsverbandes der besugten Zahnärztlichen Oesterreichs auf seiner vorjährigen Tagung in Stuttgart wurde das Verbandspräsidium beauftragt, im Jahre 1925 im Rahmen der großen Hygiene-Ausstellung den 4. Internationalen Dentistkongress nach Wien einzuberufen. Diesem Beschluß ist nunmehr das Verbandspräsidium nachgekommen und hat für die Zeit vom 20.—23. Juni l. J. die Veranstaltung des Kongresses festgesetzt und hierzu die Einladungen an sämtliche europäischen Dentistorganisationen zur Entsendung von Delegierten ergehen lassen. Der Kongress findet unter dem Ehrenschutze des Ministers für soziale Verwaltung Dr. Josef Reich und dem Ehrenpräsidium als Leiter des staatlichen Volksgesundheitsamtes, Sektionschef Dr. Carl Hell, des Verbandes der Zahnärzte, Kommerzialrat Anton Ullin und den Nationalräten Mathias Paritz und August Forstner in den Räumen der Hofburg statt. Zu dem Kongresse liegen bereits zahlreiche Anmeldungen von prominenten Vertretern dentistischer Korporationen der Schweiz, Schweden, Holland, Norwegen usw. vor. Gleichzeitig veranstaltet der Verband anlässlich dieses Kongresses in eigener Regie eine Ausstellung der Hygiene-Ausstellung „Der Mensch, eine Ausstellung für Zahnpflege und Dentistik“ die sich nach den zur Schau gebrachten Objekten, wie ihrer ganzen Anlage nach als eine in Oesterreich noch nie dagewesene Exposition für die in so eminentem Interesse der Volksgesundheit gelagerten Zahnpflege präsentieren wird. Von dieser internationalen Ausstellung getrennt findet eine große Dentalkonferenz statt, bei der sowohl die Industrie des Auslandes und des Inlandes die modernsten Dentalwaren, Instrumente, Apparate, Maschinen wie ganze Einrichtungen von Ordinationsräumen für Zahnbehandlung und zahnärztlichen Betriebsstätten zur Schau gebracht werden. In das in sachlicher Beziehung ebenso reichhaltige, wie interessante Programm des Kongresses wurde auch eine Reihe gesellschaftlicher Veranstaltungen für die Teilnehmer aufgenommen. An der Spitze des Kongresskomitees stehen der Verbandspräsident Otto Busch, sowie die Mitglieder des Zentralausschusses des Reichsverbandes, und die Obmänner der dentistischen Landesorganisationen Oesterreichs.

Der Film im Dienste der Volksbildung. Vom Reichsverband deutscher Lichtspieltheaterbesitzer wird uns geschrieben: In den letzten Jahren sind namhafte Bestrebungen zu verzeichnen, die den Film in den Dienst der Volkserziehung stellen wollen. Diese Bemühungen auf Gebung der bildungspflichtigen Volksangehörigen in zweifacher Hinsicht in den deutschen Verhältnissen, die von Lehrern, Geistlichen oder Wander-Vortragsrednern veranstaltet werden. Es ist einleuchtend, daß die oben genannten beiden Interessentengruppen leicht Gefahr laufen, zum eigenen Schaden und zum Schaden der Allgemeinheit unnütze Doppelarbeit zu leisten. Um derartige Mißstände im allgemeinen Interesse von vornherein auszuschalten, haben der Reichsverband Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer und der Wanderspielbund Deutscher Städte — das sind die Spitzenvereinigungen beider in Frage kommenden Interessentengruppen — eine Konvention vorbereitet, die eine ersprießliche Zusammenarbeit beider Gruppen zum Besten der vielen Millionen zum Ziele hat, die als Filmpublikum im weitesten Sinne des Wortes in Frage kommen. Diese Konvention läuft ihrem Hauptinhalte nach darauf hinaus, die gegenseitigen Bestrebungen auf wirtschaftliche Förderung des kulturellen Films zu unterstützen, freie Filmveranstaltungen tunlichst in den am Ort befindlichen Lichtspieltheatern stattfinden zu lassen, eine genaue Kontrolle darüber zu gewährleisten, ob auch bei den außerhalb der Kinohäuser stattfindenden Vorführungen die zum Schutze des Publikums erforderlichen feuerpolizeilichen Vorschriften einwandfrei erfüllt sind und ähnliches. Die genannten Bestrebungen stellen nur den ersten Schritt dar auf dem Wege einer prinzipiellen Zusammenarbeit zweier Gruppen, die, obwohl beide letztendlich das Gleiche wollen, bisher oft durch schärfste gegenseitige Wettkämpfe ihre aufbauende Kraft zum Schaden der Allgemeinheit zerstückeln mußten.

Der Hund. Im neuesten „Simplicissimus“ lesen wir die folgende Anekdote: In einer Landgemeinde meines (Oesterreichischen) Heimatlandes war ein Fall von Hundswut vorgekommen. Der Gemeinderat ist zur Verhängung der Hundesperre nach dem Befehl erschienen. Und wenn man die würdigen Männer in gräßlichen Worten den kalten Hund und seinen Besitzer beschuldigen und die Sperre erlassen, die sie dem armen Mann nunmehr heraufschickten, in Grund und Boden vermühten hätte, so galt dies keineswegs etwa der strengen Verfügung des Gesetzes, sondern nur der leidigen Notwendigkeit, jetzt eine Hundmadung erlassen und stillisieren zu müssen. Noch dazu eine, die an allen öffentlichen Orten sichtbar und den des Lebens kundigen Gemeindefürsorgern verständlich sein sollte. So kam, daß die anfängliche Erregung bald einem dumpf-brüllenden Nachdenken Platz machte. Bis schließlich der Herr Bürgermeister sich wachend erhob und erklärte: „Ich hab's!“ — „Vorlesen!“ — „erlöste es ringsum. Und der Bürgermeister las vor: „Wer einen Hund hat und läßt ihn frei herumlaufen, der wird erschossen.“

Erleichtert atmeten alle auf: „Gott sei Dank, daß es hat, na ja, unser Bürgermeister!“ Nur der Hofin Lens, jedem in der Gemeinde als unbedingter Oppositionskammell bekannt, mußte etwas einzuwenden: „Aldann, ich möchte nur betonen, daß man das auch so auffassen kann, daß dem Hund sein Herr erschossen wird!“ Vernichtet klinken die Gemeinderäte wieder in sich zusammen: „Ja, da hat er recht, der Hofin, das kommt man auch so auffassen.“ Und wieder begann das brüllende Nachdenken.

Aber der Herr Bürgermeister hatte bald seine Fassung zurückgefunden. Sein verbesserter Entwurf der Hundmadung war so klar und bestimmt, daß auch der Hofin Lens zugeben mußte, jetzt sei jedes Mißverständnis ausgeschlossen. Denn das Gemeindevorstand las vor: „Wer einen Hund hat und läßt ihn frei herumlaufen, der wird erschossen, der Hund!“

Aus dem Freistaat Baden Amtrichter Weber in Pforzheim

Das niederträchtige Treiben gewisser Beamten der Republik, namentlich aus dem Richterstande, wächt sich allmählich zu einem öffentlichen Skandal aus. Ein Staatsanwalt in Karlsruhe hat kürzlich in einer Anklageurkunde vor dem Schwurgericht wegen Beschimpfung der deutschen Rechtspflege eine derart glänzende „Anklagerede“ gehalten, daß er — ein Lob der Verteidiger der Angeklagten empfangen durfte. Dann erlaubte sich ein Pforzheimer Staatsanwalt namens Obkircher die unerhörtesten Beschimpfungen der Republik und ihrer Repräsentanten. Als dritter im Bunde erscheint nun der Amtrichter Weber aus Pforzheim auf dem Plan, der offenbar den Ehrgeiz hat, die Leistungen seines Pforzheimer Kollegen von der Staatsanwaltschaft weit in den Schatten zu stellen. Dieser Weber aus Pforzheim vertrat natürlich im Wahlkampf ebenfalls den „ritterlichen“ Herrn Farres, für den er Wahlversammlungen abhielt. Die „Neue Badische Landeszeitung“ bringt eine Zusammenstellung der Geistesblitze, die Weber in den Versammlungen von sich gab. Das Mannheimer Blatt schreibt:

„Hervorragende Leistungen vollbrachte der Amtrichter Weber, der sich schon in einer Wahlversammlung im letzten Dezember sagen lassen mußte, daß man in seinen Reden von akademischer Bildung sehr wenig verspüre. Geradezu tolle Äußerungen aber hat er im letzten Wahlkampf getan. In einer Versammlung in Diefingen beschimpfte er den verstorbenen Reichspräsidenten Dr. Hellbach nannte er „einen Welchling mit schönem Gesicht, der es als Neurotiker nur mit Verdrücken zu tun habe“. Den Vogel aber schob er in einer Farres-Versammlung in Eutingen ab. Dr. Hellbach war dort von einem andern Redner des Rechtsblods als „Protektorknecht“ bezeichnet worden. Das genügt dem Herrn Amtrichter nicht. Er wolle, wie er sagte, diesen Ausdruck auf gut deutsch übersetzen: „Hellbach sei ein ganz gewöhnlicher S...beutel.“ Die „N. Bad. Landeszeitung“ bemerkt zu diesen Frechheiten und Rücheln des Pforzheimer Amtrichters: „In dieser haarsträubenden Weise erlaubt sich ein badischer Amtrichter über das deutsche Staatsoberhaupt zu sprechen, über Dr. Hellbach, der lange bevor er sich politisch betätigte und als Präsidentschaftskandidat aufgestellt wurde, einen bedeutenden Namen nicht als glänzender Redner, sondern auch als erster Wissenschaftler hatte. Es ist unerfindlich, wie dieser Herr seine Kampfesweise in Einklang bringen will, nicht nur mit der ihm von seinen Kandidaten selbst empfohlenen „Ritterlichkeit“, sondern vor allem mit seinem Amt als Richter, dessen Aufgabe doch die Wahrung von Gesetz, Ordnung und Staatsautorität ist. Denn zweifellos ist diese Kampfesweise geeignet, die Achtung vor unserer Rechtsprechung und das Vertrauen zu ihrer Unparteilichkeit, besonders in politischen Prozessen, schwer zu erschüttern. In alten Staaten war ein solcher Beamter rasch ausgesamert worden. Hoffentlich findet auch der badische Freistaat bald Mittel und Wege, um seine Autorität und das Ansehen der Justiz zu wahren.“

Wir meinen auch, erste Aufgabe des Landtags bei seinem Wiederauftritt muß es sein, einmal mit diesen Herrschaften, die von dem heutigen Staat, von dem sie sich bezahlen lassen, und von seinen Vertretern in dem Jargon besagter Frühlingsoppen-Studenten zu sprechen sich erdreisten, gründlich abzurechnen. Wer soll denn noch Respekt und Achtung vor der Staatsautorität haben, wenn ritterliche Beamte ungekränkt öffentlich sich in solcher Weise äußern dürfen. Die Beamtenschaft muß von solchen Elementen gründlich geäubert werden.

Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins

Der badische Lehrerverein, die weitans größte Lehrervereinigung Badens, hielt in der Karwoche seine diesjährige Vertreterversammlung in seinem Erholungsheim Bad Reichenbach ab. Am ersten Beratungstage erhaltete der Obmann Landtagsabgeordneter Hoffmann den Tätigkeitsbericht. Eine große Menge von Einzelfragen war vorher schon in einer schriftlichen Berichterstattung vorweggenommen. Da es sich bei einer Organisation von Erziehern in erster Linie auch um ideale Fragen handelt, war der Tätigkeitsbericht auf die Formel gebracht: Wie erhöhen wir die Wirksamkeit unserer Organisation in ihrem Bestreben um die Hebung der Volksschule und des Lehrerstandes? Die Bedeutung der Volksschule im und für den demokratischen Staat wurde aufgezeigt. Der Kampf um die Einheitlichkeit des Aufbaues der Volksschule sei zugleich ein Kampf um die nationale Einheit. Er werde geführt gegen die soziale, wirtschaftliche, klassenmäßige und weltanschauliche Abgliederung. Die Durchföhrung des Grundschulgesetzes, die Verzögerung des Reichsschulgesetzes, das die Gemeinschaftsschule als die Regelschule des deutschen Volkes bringen sollte, die Widerstände gegen eine vollwertige hochschulmäßige Lehrerbildung seien Merkmale dafür, daß sowohl in den politischen Parteien, als auch in den weltanschaulichen Kreisen noch keineswegs überall die Einsicht für das Lebensdienliche, was zum Aufbau des Volksstaates und zur Durchföhrung der durch ihn neu gegebenen staatsbürgerlichen Rechtstellung unerlässlich sei. Die badische Lehrerschaft und auch der badische Lehrerverein seien gerade in ihrer staatsbejahenden und verfassungstreuen Gesinnungswillen verpflichtet, nach wie vor allen Widerständen zum Trotz den Ausbau und die einheitliche Gestaltung der deutschen Schule, sowie die gleichwertige Auszubildung der Lehrer an der Volks- und Fortbildungsschule mit denen an den übrigen Schulformen zu erkämpfen und damit den Grund zu legen zu einem neuen, vom Geiste des deutschen demokratischen Staatsgebäns getragenen Bildungswesen.

Nach eingehender Aussprache, in welcher die anwesenden Vertreter die volle Zustimmung zu der verflochtenen Jahresarbeit des Vereins und zu den Richtlinien der zukünftigen Arbeit zum Ausdruck brachten, wurden folgende Entschlüsse angenommen:

a) Ausbau der Volksschule

Die Vertreterversammlung weist Regierung und Landtag, sowie die weiteste Öffentlichkeit mit dem höchsten Ernste auf die der Volksschule und ihrer hohen erzieherischen Zielstellung drohenden Gefahren hin:

1. Die Verringerung des Grundschulgesetzes ermöglicht künftig begabten Kindern schon aus dem 3. Grundschuljahr den Uebertritt in die höheren Schulen.

2. Dieser vorzeitige Uebertritt vollzieht sich bei mangelhaften Ausleseverfahren.

3. Es tritt neuerdings das Bestreben in Erscheinung, eine Zwischenschulform (Bürgererschule) zwischen Volksschulen und höheren Schulen einzurichten und in Verbindung damit das höhere Berechtigungswesen wieder einzuföhren.

4. Die Fachschulen unternehmen sogar den Versuch, die Berufsausbildung weit in das volksschulpflichtige Alter vorzulegen, dadurch würde die unerlässliche Allgemeinbildung zum Nachteil der gesamten volksschulpflichtigen Jugend zu frühe schon einem Nützlichkeitsprinzip geopfert werden.

5. Die vier oberen Volksschuljahre sind nicht in das gesamte öffentliche Bildungswesen organisch eingegliedert.

6. Durch das in den Städten immer stärker sich ausbreitende Privatschulwesen werden viele Schüler ohne Not der Grundschule entzogen.

Diese Erscheinungen bedeuten für die Volksschule die Gefahr der Zerstückelung, der Aufhebung ihrer bisherigen Grundlagen und die Verengung der alten geringfügigen Grundlagen.

Die Vertreterversammlung erhebt die Forderung, daß diesen Gefahren gegenüber die Volksschule in ihrer bewährten Grundlage erhalten und ausgebaut wird. Eine einheitliche und großzügige Schulreform kann ihr Ziel nicht erreichen durch Ansbau einzelner Einrichtungen, sondern nur durch Schaffung eines einheitlich gestalteten Bildungsplanes, in welchem die Volksschule in ihrem nach Umfang und Inhalt unverföhrten Gesamtbestand organisch eingegliedert wird.

b) Zur Lehrerbildung

Der badische Landtag hat im August 1924 die Regierung beauftragt, noch in dieser Sitzungsperiode einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Lehrerbildung vorzulegen. Gemäß jener Beschlußfassung soll diese Regierungsvorlage volle Hochschulreife und die Verbindung der Berufsbildung mit der Hochschulreife sehen. Bis heute ist ein Gesetzentwurf dieser Art dem Landtag u. W. nicht zugegangen.

Wir fordern sowohl das Unterrichtsministerium als auch Regierung und Landtag auf, jeder weiteren Verzögerung der Neuordnung der Lehrerbildung durch grundsätzliche Beschlußfassung vorzugeben.

Wir halten nach wie vor an der in unserer Eingabe vom 25. Mai 1924 erneut niedergelegten Forderung fest, die nach Erwerb der vollen Hochschulreife ein mindestens sechsemäsiges pädagogisches Studium an einer Hochschule vorzusehen. Wir vermahnen uns gegen das jeder sachlichen Unterlagen entbehrende Vorgehen hiesiger mittlerer Beamten in ihrer Eingabe vom Juli 1924, in der unserer Forderung ohne jedes Verständnis für die Bedürfnisse des Lehrberufs die Berechtigung abgeprochen werden will.

Wir weisen die vom Finanzministerium angestellte Berechnung über die finanzielle Auswirkung der Neuordnung der Lehrerbildung auf die übrigen Ämter der Staatsverwaltung zurück und schließen uns der bei den Verhandlungen im Landtag abgegebenen Bemerkung dieses auffallenden Verfahrens an. Wir stellen fest, daß unsere Forderung keine Landesfrage ist, sondern dem inneren Bedürfnis eines neuzeitlichen, vom Geiste wahrer Demokratie getragenen Bildungswesens entspringt.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet durch einen Vortrag des kulturpolitischen Schriftstellers Dr. Richard Benz Heidelberg über das Thema: „Das deutsche Kulturgut als Grundlage der deutschen Schule.“ Dieser Vortrag ist als Verbandsaufgabe des Deutschen Lehrervereins für dessen auf Pfingsten d. J. in Hamburg stattfindende Hauptversammlung vorgelesen. Anlaß haben die immer stärker sichtbar werdenden Versuche, Fremdsprachen und anderen fremden Bildungselementen eine hervorragende Stellung auch schon in der Volksschule einzuräumen. Der Redner zeigte in seinen Ausführungen, daß derartige Bestrebungen leider nur in unserem Vaterlande möglich seien, da kein anderes Volk so sehr sich von fremden Einflüssen dauernd abhängig erweise, als gerade wir. Er fordert, daß wir dem klaffenden Bildungsideal der Griechen ein deutsches Bildungsideal gegenüberstellen, statt jenes Ideal einfach auf andere Verhältnisse, unsere eigenen, zu übertragen. Wenn es möglich wäre, müßte der deutsche Volksschullehrer frei von jenen traditionellen Zwängen herangebildet werden, oder aber unsere Hochschulen müßten um ihrer gesamtgesellschaftlichen Tendenz willen eine Reform an Haupt und Gliedern erfahren. Bei den sich anschließenden Beratungen des Voranstands ergab sich volle Einmütigkeit über die einzelnen Ausgabeposten. Hervorzuheben sind die erheblichen Aufwendungen für das Vereinsorgan, die Badische Schulzeitung, deren Erweiterung durch Beilagen für die Gebiete der Statistik, des Schulrechts, der Erziehungswissenschaft, der Junglehrerfrage u. a. m., zur geheißen wurde. Ein erheblicher Betrag wurde für die Lehrerbildung genehmigt. In dem letzten Jahre schon rund 5000 Mitglieder erfaßt hatte. Die große Notlage, namentlich in den Reihen der Nichtverwendeten, der Witwen und Waisen usw., sucht der Verein durch Bereitstellung bedeutender Mittel zu lindern. Die „Hilfe am Grabe“ gewährt in Zukunft in je-m Sterbefall von Mitgliebern 500 M. Unterstützungsgelder aus der Vereinskasse. Zuletzt wurde der Ankauf eines großen Hofraumes von 236 Morgen Feld, Ackerland und Wiesen samt Hofraute, in unmittelbarer Nähe des Lehrervereins gelegen, beschlossen.

Zur Junglehrerfrage, die nach fünfjähriger Arbeit des Vereins durch die Beschlußfassung des Landtags Ende März wenigstens eine teilweise Lösung gefunden hat, wurde nach eingehender Aussprache, an der sich auch vom Verein zugeogene Nichtverwendete beteiligten, folgende Entschlüsse angenommen:

1. Die Vertreterversammlung anerkennt den Versuch des Landtags, die Not der Nichtverwendeten durch Gewährung von Unterhaltszuschüssen zu mildern. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Anwärter in der Reihenfolge der Entlassungsjahrgänge und verpflichtend zur Beschäftigung in der Schule herangezogen werden.

2. Eine durchgreifende Abhilfe der Not der Nichtverwendeten kann jedoch nur durch weitestehende Herabsetzung der im § 26 des Schulgesetzes festgelegten, auf einen Lehrer entfallenden Schülerzahl erreicht werden. Eine derartige Verringerung des Schulgesetzes ist umso nötiger, als es sich nicht nur um die Befestigung des Notstands für die Nichtverwendeten handelt, sondern um den Ausbau der im Vergleich zu anderen Ländern schlechter organisierten badischen Volksschule.

Aus der Partei

Bulach. Morgen, Samstag, 18. April, abends 8 Uhr, findet in der „Arona“ eine Parteiverammlung statt. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht, besonders haben die Bürgerauschussmitglieder an der Versammlung teilzunehmen.

Muggensturm. Morgen Samstag abends halb 9 Uhr findet im Gasthaus zum „Bamm“ eine Parteiverammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist unbedingt Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Detleheim. Kommen den Samstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Rosa“ eine Mitgliederbesprechung in Form unserer Partei statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht über das verflossene Jahr. 2. Vorstandswahl. 3. Reichspräsidentenwahl.

Kein Genosse sollte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung fehlen.

Stettinheim. Samstag abends 10 Uhr, findet im Gasthaus zum „Hirsch“ die Fortsetzung der letzten Mitgliederversammlung statt. Es wird erwartet, daß alle Genossen der Wichtigkeit wegen erscheinen. Volkstreue und Gönner sind ebenfalls willkommen. Mitgliedsbücher mitbringen!

Bruchsal. Die am Montag, 13. d. M., stattgefundene Parteikonferenz war vom ganzen Bezirk von 41 Vertrauensmännern besucht. Der Vorsitzende des Unterbezirks Gen. Staibler eröffnete die Konferenz und gab eingangs einige Winke über die zukünftige Agitation und Organisation im Bezirk. Nicht nur die am 26. April stattfindende Reichspräsidentenwahl, sondern auch die im kommenden Frühjahr stattfindenden Landtagswahlen erfordern gut geschulte und kampfbereitete Organisationen. Der Sommer muß benutzt werden, die bestehenden Organisationen auszubauen und neue zu schaffen. Das Referat über die Reichspräsidentenwahl hatte der Genosse Koch-Karlsruhe übernommen. Der Redner schilderte eingehend die Gründe, die den Parteivorstand, Parteiauschuß und Reichstagsfraktion veranlassen haben, die Kandidatur Marx zu unterstützen. Wir wählen als Sozialdemokrat nicht den Zentrumsmann Marx, sondern auf die Weiterentwicklung der Republik. Genosse Koch ging dann auf das Näheren auf die Kandidatur Hindenburg und schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Konferenz, dafür zu sorgen, daß der 26. April ein Siegstag für die deutsche Republik wird.

Die Diskussion war eine sehr ausgiebige; mit einer Ausnahme bewegte sie sich im Sinne des Referenten. Gen. Zimmermann-Gutenheim hatte erst einige Bedenken gegen die Kandidatur Marx und meinte, die Partei hätte mit ihren 7,8 Millionen Stimmen an der Kandidatur Braun festhalten müssen. An der Diskussion beteiligten sich ferner noch die Genossen Schmidt-Bruchsal, Ladus-Förth, Leitner-Bruchsal, Weeraffel-Untergrombach, Zimmermann-Gutenheim, Stoll-Philippsthal, Hoffmann-Deilingen, Dederer-Bruchsal, Herr-Philippsthal, Braun-Unterröschheim, Zoller-Untergrombach, Genoffin-Werth-Gutenheim und Gen. Staibler-Bruchsal. Gen. Koch zerstreute die Bedenken des Genossen Zimmermann und schilderte nochmals die Gründe, warum an der Kandidatur Braun nicht festgehalten wurde. Der Vorsitzende Gen. Staibler konnte am Schluß feststellen, daß die Unterbezirkskonferenz einstimmig hinter dem Beschluß des Parteivorstandes steht und forderte die Genossen auf, am 26. April alles aufzubieten, um die Wahl des Republikaners zu sichern. Der Sieg gelte der Republik!

Gewerkschaftliches Die Beamten für die Republik

Die dem Allgemeinen Deutschen Beamtenschaft angehörende Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten hielt am 10. und 11. April unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches ihren Gewerkschaftstag ab. Koblenz vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaft wurde ein Vortrag über die Forderungen der Beamtenschaft und die nicht geklärten Verordnungen der Parteien. Auf Antrag der Delegierten des beletzten Gebietes wurde folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Der am 11. April 1925 in Berlin versammelte Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten legt ein freundliches Bekenntnis zur republikanischen Staatsverfassung ab und fordert die gesamte deutsche Beamtenschaft auf, sich der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl auf, die Republik zu verteidigen. Während die deutsche Reichsverfassung vom 11. August 1919 in Artikel 129 die vorkommenden Rechte der Beamten ausdrücklich als unverletzlich festsetzt, verletzten die Mehrheitsparteien, die heute noch das Abhängige und das Verordnungsverweigerer aufrechterhalten, das höchste Grundrecht des Staates und der Beamten und bewiesen damit ihre grundsätzliche Unaufrichtigkeit gegen das Berufsbeamtentum. Der Gewerkschaftstag erklärt, daß die Verwaltungsbeamten das Berufsbeamtentum gegenüber allen offenen und verkappten Feinden unter Einsatz aller Kräfte verteidigen werden.“

Kleine Nachrichten

Anfel (Pfalz). Zwischen Reichenbach und Pleisweiler hing sich am Donnerstag eine Gruppe Radfahrer an ein Lastauto. Dabei verlor einer von diesen die Herrschaft über sein Rad und geriet unter den schweren Lastwagen. Der etwa 19 Jahre alte Mann aus Heidenbach starb kurze Zeit danach.

Strasbourg i. E. In Erlstein erlösch der 44jährige Feldhüter Gur den 24jährigen Arbeiter Martin, der mit einer der Töchter des Feldhüters ein Verhältnis hatte.

Halle. In einer verschlossenen Kammer in Müßberg a. d. Elbe wurde in ein Paket zerbrochen eine weibliche Leiche gefunden, die schon ange dort gelegen haben muß. Es handelt sich um ein 19jähriges Dienstmädchen namens Frieda Hermann. Als vermutlicher Täter wurde der 24 Jahre alte Jagdunwundgehilfe Stödel beschuldigt.

Mehrdorf. Als der Zieglermeister Paul Thiele, mit der Ausprobierung des neu aufgestellten Walzwerkes beschäftigt, die Rollen des Walzwerkes nachsehen wollte, geriet er mit dem rechten Fuß in das Walzwerk. Er wurde fast vollständig getötet. In kurzer Zeit verblutete Thiele bei vollem Bewußtsein. Ärztliche Hilfe konnte ihm nicht mehr retten.

Warbig (Sannover). Von dem Personenzug Nr. 407 wurde auf dem hiesigen Bahnhof der Schornfegermeister Junt aus Clera ausverfahren und getötet. Junt war dem Zuge auf der falschen Seite entfliegen und im Dunkel mit einem Fuß in das Schuttbüttel zwischen beiden Einfahrtgleisen geraten. Dabei war er zu Fall gekommen und die Räder des letzten Wagens des einfahrenden Zuges gingen ihm direkt über den Oberkörper. Junt war sofort tot.

Berlin. Nach einer Meldung der „D. Z.“ ist der gesamte etwa 800 Morgen große Grundbesitz der Schütte-Lanz-Werke in Berlin bei Königsplatzverkauft worden und an die Reichswehr übergegangen. Die Post beschlagnahmt, in der Fabrik eine Reparaturwerkstätte für Postautos eingerichtet, während in den Kassen und Beamtensbüros pensionierte Postbeamte untergebracht werden sollen. Das Betriebsausbau des Betriebes soll als Erholungsheim für Postbeamte eingerichtet werden.

AUXOLIN	Schuppenbildungen und den damit verbundenen	AUXOLIN
	Haarausfall behandelt man am zweckmäßigsten mit	
	Auxolin- Schuppen-Pomade	
	von F. Wolff & Sohn, Karlsruhe.	
	Preis Mk. 1.25 und Mk. 2.— die Dose.	

Letzte Nachrichten

Politische Stupidität der Blaublütigen Hindenburgs Hilfstruppen zur Niederlage

Berlin, 17. April. (Eigener Funkdienst.) Der Adelsmarschall der deutschen Adelsgenossenschaft, Herr von Berg-Warthenburg, fühlt sich verpflichtet, auch etwas zu Hindenburgs Durchfall beizutragen und erklärt deshalb an den deutschen Adel einen Aufruf, der u. a. Widerstand und Unvorsichtigkeit durch folgenden Satz enthält:

„Hier der deutsche, der christliche, der nationale Selbstvertehrer der Internationale, des Sozialismus, der von jüdischem Geiste geleitet wird.“

Rein Weisch wird sich wundern daß die Geistesgröße, den der deutsche Adel sich zum Adelsmarschall erkoren hat, den Unterschied zwischen Karl Marx und dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Wilhelm Marx nicht kennt. Aber zum Glück ist der größte Teil des deutschen Volkes politisch aufgeklärter als die obigen Herren vom Schlage des Herrn von Berg. Und die Weisheit wird diesen aufgeschätzten Redekern der christlichen deutschen Gesinnung am 26. April die Verleumdung heimgeben, die einem Manne wie Marx, das Deutschtum und das nationale Empfinden abzusprechen wegen.

Freigabe des Rundfunks für die Präsidentenwahlkandidaten

Berlin, 16. April. Die Reichsregierung hat auf Anregung des Reichsministers des Innern beschlossen, den Rundfunk um das Amt des Reichspräsidenten den Kandidaten zu öffnen. Voraussetzungen ist selbstverständlich, daß die hinter den Bewerbenden stehenden Parteien oder Gruppen keine gewalttätige Anwendung der Verfassung aufweisen.

Deutsche Standaljustiz

Berlin, 17. April. (Eigener Funkdienst.) Ein Urteil, das wieder einmal wegen seiner politischen Anfechtbarkeit lebhaftes Kopfschütteln zu erregen geeignet ist, fällt am Dienstag das Schöffengericht in Richterfeld, dem feudalen Vorort Großberlin. Vor ihm hatte sich ein 55jähriger Oberkellner zu verantworten, der sich im Februar nach der Verhaftung des ehemaligen Reichsministers Dr. Söfle bei dessen Gattin eingefunden hatte, um ihr Entlassungsmaterial zum Kauf anzubieten. Frau Söfle war bereits am Tage vorher einem Betrüger dieser Art zum Opfer gefallen und veranlaßte nunmehr die Verhaftung des zweiten Betrügers. Dieser redete sich nunmehr damit heraus, daß er aus rein parteipolitischen Interesse einen Versuch unternommen habe, von Frau Dr. Söfle Material herauszubekommen. Und das Schöffengericht sprach den Angeklagten tatsächlich frei, indem es sich seine Behauptung zu eigen machte, daß er als Mitglied der deutschen nationalen Volkspartei ein besonderes Interesse an der Aufklärung der Zustände bei der Reichspräsidentenwahl habe. Und da wagt noch jemand von einer unpolitischen Justiz zu sprechen?

Großfeuer

Freiburg i. Br., 17. April. (Schloß.) Heute früh nach 4 Uhr brach in dem Stall- und Scheunengebäude der ehemaligen Infanterie- und Jägerkaserne, in dem heilige Firmen Vorräte untergebracht haben, Feuer aus, das bis zum Eintreffen der Feuerwehr schon große Dimensionen angenommen hatte. Bis zur Stunde (8 Uhr) war der Brand noch nicht gelöscht und es besteht wenig Aussicht, etwas von den Gebäuden und Vorräten zu retten. Die Firmen sind versichert.

Annahme des Abkommens mit der Bank von Frankreich im Senat

Paris, 16. April. Der Senat hat um 11.40 Uhr, nachdem die Kammer das Abkommen der Regierung mit der Bank von Frankreich über die Erhöhung des Notenumlaufs angenommen hatte, feierlich die Beratung begonnen. Nachdem der Berichterstatter für die Annahme des Gesetzes eingetreten war, erklärte der Vorsitzende der republikanischen Vereinigung der Fraktion Boincard, Senator Chéron, er wolle die Vorlage nicht ablehnen, um nicht zu verhindern, daß die Bank von Frankreich ihre Lage regulieren könne. Man erkenne an, daß man im Augenblick die Verantwortung übernehme, die derzeitige Lage herbeigeführt hätten, nicht feststellen könne; aber seine Fraktion sei gegen jede Inflation und werde sich deshalb der Zustimmung enthalten. Nach einer Erklärung des Finanzministers de Monzie wurde der Gesetzentwurf mit 198 gegen 5 Stimmen angenommen. Um 12.40 Uhr trat die Kammer nochmals zusammen, um die Inkündigung der Annahme des Gesetzes durch den Senat ohne Veränderung entgegenzunehmen. Hierauf vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit, da sie erst wieder zusammentritt, wenn das neue Ministerium gebildet sein wird.

Ereignisführung der 2. Internationale

Laus „Vorwärts“ findet die nächste Sitzung der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale am 9. und 10. Mai in Paris statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Sicherungsverträge und der Abrüstung.

Einsturz der Ludwigshafener Festhalle

Ludwigshafen, 16. April. Infolge des starken Sturmes, der heute nachmittag herrschte, ist die Festhalle auf dem neuen Ausstellungslande in Ludwigshafen, die nahezu fertiggestellt war, zusammengebrochen. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden. Die Gewalt des Sturmes war so groß, daß teilweise die Betonblöcke, an denen die Strebende befestigt waren, mit aus dem Boden gehoben wurden. Der Schaden dürfte nicht allzu groß sein, da das Hauptgebälke noch intakt geblieben ist.

Hochverratsprozess

Mitna, 16. April. Die Große Strafkammer des Landgerichts Mitna verurteilte den Feiger Max Hoche wegen Hochverrats zu 4 Jahren 6 Monaten Festung, 300 M. Geldstrafe und 6 Monaten Gefängnis. Hoche hatte im Jahre 1923 in Rügenburg Kundgebungen der Erwerbslosen angezettelt, in deren Verlauf bei Schießereien mit Landjägern mehrere Personen schwer verletzt, sowie ein Landjäger und ein Arbeiter erschossen wurden.

Neues Todesurteil eines Kriegsgerichts

Nach einer Meldung aus Brüssel hat das Kriegsgericht von Brabant den deutschen Gendarmehauptmann Karg in Anwesenheit zum Tode verurteilt. Er soll angeblich am 19. August 1914 bei der Einnahme von Verichot durch die deutschen Truppen den Befehl gegeben haben, 155 Zivilpersonen zu erschließen.

Der Kampf um die deutsche Sprache in Elsaß

Strasbourg i. E., 16. April. Die deutschsprachige Straßburger Presse polemisiert heftig gegen den französischen Chauvinismus in manchen Wäldern und Vereinen, der gegen deutsche Sport-Gesellschaften und deutschsprachige Theateraufführungen systematisch hehen würde. Die linksbürgerliche „Republique“ schreibt, daß gegen die Spekulation der französischen Chauvinisten alle Parteien im Elsaß von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einig seien, daß Elsaß sei ein deutschsprachiges Land, das auch deutsche Theateraufführungen habe. Das beweise am besten die Tatsache, daß die deutschsprachigen Operetten in zwei Theatern vollbesetzt seien, während die französischsprachigen Operetten im Stadttheater leer blieben.

Der Fall des Eifersers Ley

Colmar, 16. April. Die Blätter aller Richtungen behandeln jetzt den Fall des Eifersers Ley, der nach dem Waffenstillstand und vor dem Besatzer Vertrag eine Volksabstimmung erzielte und deswegen zu 7 Jahren Festung verurteilt wurde. Ley ist seit 19 Monaten schwer krank und liegt nicht unter die sonst sehr weitgehende Amnestie der Regierung Herriots. Sowohl die links- wie rechtspreßer verlangt die Amnestierung ihres eifersüchtigen Volksgenossen, eine besonders scharfe Sprache führt dabei die Straßburger „Humanité“, die die Lösung der elsaß-lothringischen Frage, wie sie Ley propagierte, als feindlich ab lehnt, jedoch mit Reidenhaftigkeit gegen die von der französischen Bourgeoisie in Elsaß-Lothringen praktizierte Unterdrückungs- und Kolonialmethoden auftritt.

Eine ganze Stadt durch Feuer vernichtet

Nach einer Blättermeldung aus Warschau ist das Städtchen Rifa in der Lubliner Wojewodschaft durch eine große Feuerbrunst fast vollständig vernichtet worden. 257 Häuser wurden durch das Feuer zerstört. 400 Familien sind obdachlos. Das Feuer war von einem 12jährigen Knaben beim Spielen angelegt worden.

Ein englisches Luftschiff vom Sturm losgerissen

Northwich, 16. April. Das lenkbare Luftschiff R. 33 hat sich heute morgen während eines Sturmes von seinem Ankermaß in Fulfham losgerissen. Das Luftschiff nahm die Richtung auf London.

London, 16. April. Nach den letzten Nachrichten waren an Nord des „R. 33“ 20 Mann Besatzung, als es sich löst. Man glaubt, daß es mit einer solchen Besatzung nicht schwierig sein werde, das Luftschiff zu navigieren, zumal genügend Benzin für zwei Tagezeit an Bord ist. Die Kraft des Sturmes hat nach den letzten meteorologischen Beobachtungen nachgelassen. Zwischen wurden dröhnende Instruktionen an das Luftschiff geschickt, um es in nördliche Richtung zu leiten. Ein Funktelegraphist auf „R. 33“ sandte die Nachricht, daß an Bord alles in Ordnung sei.

London, 17. April. Das britische Luftfahrtministerium teilt mit, daß sich das Luftschiff „R. 33“ auf dem Flug nach dem Fulfham befindet.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Sonntag, 18. April: Teilweise heiter, jedoch vereinzelt leichter Regen, etwas wärmer.

Briefkasten der Redaktion

Hochheim. Der Bericht vom Fußballspiel kam erst Donnerstagabend in unsere Hände. Der Brief trägt den Stempel 16. 4. 8-9 Worm.

Vereinsanzeiger

Die am 4. April 20 Uhr bis 10 Uhr im Saal des Vereins (Vereinsgebäude) finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Klammernellenspreis berechnet.

Freie Turnerschaft - Aßlar, Oststadt. Heute Abend 8 Uhr Vortrag in m. l. u. m. im „Georg Friedrich“. Um gütliches Ergehen, auch der Turnerrinnen, wird gebeten. 3529
Gesangsverein Gleichheit. Morgen Samstag, den 18. April, außerordentliche Generalversammlung im Lokal.

Billige Herrenkleidung
Anzüge, Mäntel, Hosen, lang u. Sport, Windjacken, Gummimäntel
Badische Kleiderzentrale
Zirkel 30, Karlsruhe, Tel. 4120
gegenüber der Bad. Fresse. 3333
Änderungen und Reparaturen billigst.

Mietervereinig. Krube (Gesellschaft) (Vereinigung)

Pfannkuch
Preisabschlag
Feinste, frische
Holländer
und
Wälgauer
Süßrahm
Safel-

Butter
1/4 Pfund
55 Pig.
Pfannkuch

Einfache
Möbel
kaufen Sie preiswert
in solider Ausführung
bei der
**Nebenstelle des
Bad. Baubundes**
G. m. b. H.
Schloßplatz 13,
Eingang:
Karl-Friedrichstr.

Rüchenschrank Tisch und Stuhl 30 M., Rüchenschrank Tisch und 2 Stühle 45 M., Tischplatte mit Marmor 35 M., ohne Marmor 15 M., Küchenschrank 75 cm br. 35 M., Kinderstuhlschrank 10 M., große Kleiderschränke zum wech. streichen, reich Holzschleife, Kommoden, schöne Truempiegel, pol. Diplo-mat-Tisch mit Aufsatz und verschiedenes Billig- und Neu- und Verkauf Adlerstraße 8. 2573

Palast-Sichtspiele
Herrenstr. 11 Telef. 2502
Ab heute bis inkl. Montag, 20. April
Die Liebe ist der Frauen Macht
Kabale und Liebe im Zirkus
6 Akte nach einer wahren Begebenheit.
In der Hauptrolle:
Fern Andra.
*
Fix u. Fax - der Stolz der Firma
Lustspiel in 2 Akten 2572

Wir haben mit dem heutigen Tage unsere Büroräume nach dem
Flugplatz Karlsruhe
(Eingang Gneisenaustraße) verlegt u. sind für Ortsgespräche unter der Nr. 6474, für Ferngespräche unter der Nr. 6475 angeschlossen.
Bad. Luftverkehrs-Gesellschaft m. b. H.
Flugplatz Karlsruhe.
Drahtanschrift: „Badenflug“.

Gesucht
tüchtiger, selbständiger
Zimmermann
für Treppenaufbau
für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Eintritt. Offerten unter Nr. 2581 an das Volksfreundbüro erbeten.

Schulranzen
Schulmappen
gute Qualitäten, billige Preise
Kofferhaus
51 Lämmle 51
Kronenstr. 51
Drahtanschrift: 2564

Dackel
ohne Halsband, auf den Namen „Sepel“ hörend, entlaufen. Geg. Belohnung abzugeben.
Bachstraße 15.
Bauplag
880 qm an der Feldenstraße zu verkaufen.
Streiter, Redarstr. 15.

BERUFS-KLEIDUNG
ALLES ART
Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Windjacken
Bogener Mäntel
Breeches-Hosen
selbstgraue Hosen
Sonntags-Hosen
Manchester-Hosen
engl. Leder-Hosen
Zwirn-Hosen
Lodenjoppen
blaue Arbeitsanzüge
graue Dienstanzüge
Gipferanzüge
Fuhrmannshosen
Kochjacken
Reggerjacken
Lagermäntel
Laboratoriumsmäntel
Kalsermäntel
Sehermäntel
Eisenbahnknechtchen
sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
offiziell billigt
Weintraub, Kronenstr. 52.

1a Oberhemden
in modernen Stoffen
Percal
von Mark **4.85** an
Zefir
von Mark **6.30** an
Kragen moderne Form
von Mark **0.40** an
Wäsche u. Waschoberbekleidung
SCHORP
Vorteilhafte Preise, da Verkauf direkt aus meiner Fabrikation.
Verkaufsstellen:
KARLSRUHE: Bernhardtstr. 8, Kaiserstr. 34 u. 243, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Wilhelmstr. 32, Augustastr. 13, Schillerstr. 18, Kaiserallee 37, Gabelsbergerstr. 1, Rheinstr. 18.
DURLACH: Hauptstraße 51, BRUCHSAL: Schloßstr. 3, RASTATT: Poststr. 6.

Rohrstühle
werden dauerhaft gelocht, u. repariert. Joseph Reiss, Stuhlflöchterei, Luitpoldstraße 46. Karte genügt.
Schul-Artikel
Briefpapiere
Schreibwaren
Ansichtskarten
empfehlen
Volksbuchhandlung
Adlerstr. 43. Tel. 3701.

Chaiselongues,
alle Arten Polstermöbel
Reparaturarbeiten sowie Reparaturen gut und billig
Kammerer
26 Erdbrunnstraße 26

Der Schlüssel zur richtigen Körperpflege ist
FOCHTENBERGER'S
Colnisches Wasser
Preis für die große Flasche M. 1.80.
Fochtenberger Kölnischwasser-Teife

Verein für Homöopathie und Naturheilkunde Durlach.
Kommenden Samstag, den 18. April, abends 8 Uhr, findet in der Traube hier eine Monatsversammlung mit Vortrag von Herrn Hauptl. a. D. Kasper statt.
Thema: „Neimagnetismus.“
Ich lade hierzu alle Mitglieder höflich ein. Sonstige Interessenten sind ebenfalls willkommen.
Der Vorstand.

Geschwister
GUTMANN
Damen-Hüte

Grösste Auswahl Billigste Preise!

Strumpf- Wieser



Kaiserstr. 153 Fernruf 740

Kaffee und Konditorei
Karlsruhe **ODEON** Karlsruhe 213
Telefon 94 Telefon 94
Täglich mittags und abends
Künstler-Konzerte
Eigene Konditorei Billard-Akademie

Badisches
Blechpackungs-
werk
G. m. b. H.
Karlsruhe-Knielingen
Telefon 4708
Herstellung von
Blech-Packungen
Spezialität:
Marmelade-Eimer
Konserven-Dosen

Richard Baer
Rastatt
Lumpen-Sortier-Anstalt
Telephon 340
Käufer sämtlicher
Stoffabfälle
aus Schuhe-, Wäsche und
Korsettfabriken.

AEROCLAR
Bestes Mittel gegen
Salsleiden, Husten
Schnupfen
Erfolg verlässlich! Verzüglich empfohlen
zu haben in allen Apotheken.
Aeroclar-Vertrieb G. F. Otto Müller
Chem. Tech. Laboratorium
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 138

Bauhütte
Karlsruhe
Gemeinnützige Baugesellschaft
m. b. H.
Übernahme
sämtlicher Bauarbeiten
Büro und Lager:
Rotteckstr. 17 Tel. 5200

Dreyfuss & Roos
Rastatt i. Baden
Versandschachteln
aller Art
Spezialfabrik
für
Zigarren-,
Zigaretten- u.
Tabakschachteln

Städtische Sparkasse Durlach

Postsparkenkonto 1216 Karlsruhe Fernsprecher 106/197

Wer seine Lage verbessern und zum Wiederaufbau der
deutschen Volkswirtschaft beitragen will, der bringe
seine Ersparnisse
und wären sie noch so klein
zur Sparkasse.

Wir vergüten zeitgemäße Zinsen und versorgen die kredit-
suchende Bevölkerung mit Darlehen; auch besorgen wir
alle bankmäßigen Geschäfte.
Kassenstunden: 2-1/2 und 1/2-1/2 Uhr, Samstags 8-1 Uhr.

Carl Finkelstein

Holz- und
Kohlenhandlg.
Karlsruhe
Rüppurrerstr. 8. Telefon 2394
liefert
alle Sorten Kohlen
und Brennmaterial
in Ia Qualität
prompt, reell und billig.

Restaurant, Kaffee u. Konditorei

zum
Moninger

KARLSRUHE
Bestbesuchtes Haus am Platze.

Machol & Löwengardt

Pack-, Schreib- u. Druckpapiere
Akademiestr. 5 Karlsruhe Telefon 966

Badische Lederwerke
Karlsruhe-Mühlburg

Handschuhleder-Fabrik
Spezialität: „Veneziana“

Rosenfeld & Co.
Karlsruhe i. Bd.

Metalle / Alteisen / Neueisen
Telefon Nr. 839, 840, 841, 184
Telegramm-Adresse: Metallfeld

We - Ra

Hausschuhe / Sandalen / Spangenschuhe
Hersteller:
S. Weil & Söhne, Schuhfabriken
Rastatt

Hammer & Helbling

Kaiserstrasse 155/157
Haus- und Küchengeräte / Oefen / Herde
Gasherde / Gruden



Karl Kastner

Grünwinklerstr. 8 Tel. 2612
Ankauf von Lumpen, Alt-
papier und Neutuchen zu den
höchsten Tagespreisen



Säge-, Hobel- u. Spaltwerk
Holzhandlung

Braun & Co.

Karlsruhe

J. Ettliger & Wormser

Gegr. 1811 Karlsruhe i. Baden Gegr. 1811
Eisengrosshandlung
Metalle Chemikalien

Metallhütte
Dr. Dannenberg & Co.
Tel.-Adr. Metallurgie G. m. b. H. Telefon Nr. 1387

Unsere Erzeugnisse:
Dopp. raff. Hüttenweichblei Marke M. d. K.
Hüttenhartblei, Schriftmetalle, Lager- u. Weiss-
metalle, Lötzinn, Rotguss, Bronze, Zink.

Friedrich Chr. Kiefer

Karlstraße 4 Karlsruhe Tel. 254 u. 2543
Kohlen, Koks, Briketts
Holz

Heinrich Rausch Karlsruhe

Telefon 3477 und 3478 - Büro: Stefanienstraße 54
Lager: Oberfeldstraße (Neues Industriegelände)
liefert
Bauholz nach Liste, Latten, Bretter,
Fußböden usw.

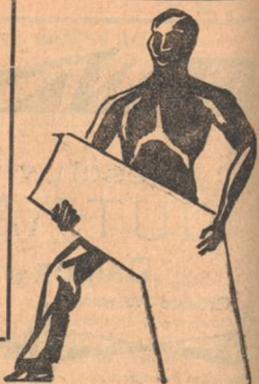
DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

Kapital und Reserven 100 Millionen Reichsmark
FILIALE KARLSRUHE (Baden)
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte



Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Aufträge zu.
Für Spareinlagen gewähren wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
mit Depositenkasse am Bahnhofplatz u. Niederlassung in Mühlburg



BADISCHE BANK

Mannheim Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Erste Karlsruher Leiternfabrik
R. Raible, Karlsruhe I. B.
Bismarckstrasse 33
Gegr. 1892 Tel. 5842
Herstellung von Leitern für Industrie, Gewerbe u. Haushalt. — Holzwaren, Wäschetrockner, Fenstertritte usw.



Bankhaus Straus & Co.

Karlsruhe

Kaufen Sie nur die

Aeska-Karamellen

Adolf Speck A.-G. Zuckerwarenfabrik

Bankhaus Veit L. Homburger

11 Karlstrasse 11 KARLSRUHE 11 Karlstrasse 11

Nur für Wiederverkäufer: **Deutsche Bekleidungs-Industrie** G. m. b. H. Karlsruhe
Ettlingerstrasse 12 (am Hauptbahnhof)
Abteilung I **Sport- und Arbeiter-Konfektion** Damen- und Herrenwäsche
Beste Verarbeitung — Billige Preise. — Lagerbesuch lohnend.

Lederfabrik Durlach
HERRMANN & ETTLINGER

G. m. b. H.
Schuhoberleder, Handschuhleder, Bekleidungsleder, Portafenilleder

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe, Kaiserstrasse 146, gegenüber der Hauptpost.
Depositenkasse „Markt“ Wechselstube am Marktplatz (im Hotel Grosse)
Depositenkasse „Werderplatz“ / Wechselstube im Hauptbahnhof

Dampf-Rosshaarspinnerei
Carlo Pacchetti & Co.
Karlsruhe G. m. b. H. Tel. 1740

Weine: Badische, Pfälzer, Rhein- u. Moselweine, offen und in Flaschen. / **Südweine** in größter Auswahl. / **Schwarzwälder Kirschwasser**, Zwetschgenwasser, Weinbrand, **Originalliköre.** / **Sekt:** Hausmarke Markgrafen Silber u. Gold
Adolf Zöllin, Weingrosshandlung, Kelterei, Brennerei, **Kriegsstrasse 236** Telefon Nr. 54

Fahrschule für Kraftfahrzeuge
CHR. DALHOFER
Karlsruhe, Degenfeldstr. 7-9
Telefon 5677

IN KARLSRUHE
Am **Mühlburger Tor**
— FERNSPRECHER NR. 4235 —



IN KARLSRUHE
Am **Mühlburger Tor**
— FERNSPRECHER NR. 4235 —

Sinner-Fabrikate sind von unübertrefflicher Qualität!

- Biere
- Liköre u. Edelbranntweine
- Presshefe
- Weizen- und Roggenmehle
- Backpulver
- Edel-Pudding
- Eispulver
- Vanillinzucker
- „Sinner“ u. „Sinner“ Pulver
- Haferkakao
- Haferflocken
- Hafermehl
- Malzkaffee
- Konfitüren- u. Obskonserven
- Celees und ff. Marmeladen
- Speisenwürze

SINNER A. G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL
Karlsruhe 1924 Staatspreis und Goldene Medaille (Höchste Auszeichnung)



**Anzüge
auf Teilzahlung
Kostüme**

Bequeme
Ratenzahlungen!

Kommunion - Kleider
Kommunion - Anzüge
in grosser Auswahl.

Moderno Herren - Anzüge und -Mäntel
Eleg. Damen - Kostüme, Kleider u. Mäntel
Große Auswahl Billige Preise

Kaufhaus Badenia

Filliale: **Kaiserstr. 14a** Frankfort a. M.
Maunheim Ecke Waldhornstr.

**Badisches
Landestheater**

Freitag, den 17. April
1925, 8. 21. 26. - 9. 0. 1.
3001-3200, 4001-4500

Othello

Große Oper in vier Akten
von Serdt. Musik. Setting
Lorenz. Spielzeit. Stang.

Personen: 823

Othello Balbo
Desdemona Frau
Iago Kauer
Emilia b. Kauer
Cassio Peterz
Rodrigo Kalmbach
Lobobico Kauer
Montano Schlinger
Ein Verold Gröhner
Inf. 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Preise:
Spreizig I. Abt. 7.- 22.

Sonderangebot!

Wir bringen heute und morgen
zum Verkauf

**Ia. ausländisches
Masthosenfleisch**

per Pfd. 60-64 Pfg.

Gebr. Hagenauer
Großschlachtereien
Marienstr. 46. Tel. 1601.

Badische Lichtspiele
für Schule und Volksbildung * Konzerthaus

LAVA

EINE TRAGÖDIE DER NATUR

Ein Grossfilm von Lust und Leid
auf heisser Erde

Heute Freitag keine Vorführung, dafür Spielzeit verlängert
bis Donnerstag, 23. April.

Samstag, 18., Montag, 20., Dienstag, 21., Donnerstag 23. April
jeweils abends 8 Uhr.

Samstag, 18. auch 4 Uhr nachmittags.

Sonntag, 19. und Mittwoch, 22. April nur 4 Uhr nachm.

Vorverkauf Musikhaus Müller, Kaiserstr.

Preise: Mk. 1.70, 1.50, 1.-, 0.60 2578

Hamburg-Amerika Linie

KARLSRUHE: E. P. Hieke,
Kaiserstraße 215, bei d. Hauptpost.

Generalagentur für den Freistaat Baden
Reisebüro H. Hansen, B.-Baden, am Leopoldplatz.

Frachtauskünfte erteilt das Schiffsfrachtenkontor
der Hamburg-Amerika-Linie G. m. b. H., Stuttgart, Kontor-
haus Merkur, Königstraße 121, Fernsprecher S. A. 22029

PHANKO

Pfannkuch

Zur
Kommunion

Weißweine:

Tischwein	1/4 St. 80
1923 Ebenhöner	1/4 St. 1.-
1923 Dahlheimer	1/4 St. 1.-
1923 Eichbacher	1/4 St. 1.-
1923 Kaiserstübler	1/4 St. 1.20
1923 Obermosler	1/4 St. 1.20
1923 Bayersfelder Schloßberg	1/4 St. 1.40
1923 Beckheimer	1/4 St. 1.60
1922 Oppenheimer Schloß	1/4 St. 2.40
1922 Haardt Schloßberg	1/4 St. 2.40
usw.	

Rotweine:

Tischwein	1/4 St. 90
1923 Ruffikon	1/4 St. 1.20
1923 Dürkheimer Feuerberg	1/4 St. 1.50
1923 Rastatter	1/4 St. 1.50
1923 Chat. Esparon	1/4 St. 1.60
1923 Reboc	1/4 St. 1.80
1922 Chat. de Pontac Lunghargau	1/4 St. 2.80
usw.	

Südweine:

Vermouth Branca	1/4 St. 1.50
Malaga gold	1/4 St. 1.80
Malaga extragold	1/4 St. 2.50
Insel Samos	1/4 St. 2.60
Insel Madeira	1/4 St. 3.80
Duro Portwein	1/4 St. 3.50
Monte Christo	1/4 St. 3.50
einschließlich Glas und Steuer	

**Nachmännliche Behandlung
in eigenen Kellereien bürge
für Qualität**

Man verlange unsere neueste
Preisliste

Pfannkuch

Amthliche Bekanntmachungen

**Wählerliste für die zweite
Reichspräsidentenwahl.**

1. Die Wählerliste (Karte) für die am 28. April
1925 stattfindende Reichspräsidentenwahl liegt für die
ganze Stadt einseht. der Bororte von einseht, Sonn-
tag, den 19. bis einseht, Mittwoch, den 22.
April, im kleinen Saal des Konzerthaus
(Exepte, Eingang: Ostliche Ede, gegenüber der
Kaufhausgalerie) zu jedermanns Einseht auf und
abends von 9-8 Uhr, am Sonntag von
11-12 Uhr. Einseht (mündlich oder schriftlich)
gegen die Ede kann nur in dieser Zeit erhoben
werden; auf jeden Fall sind Beweismittel (z. B.
Fah, polizeiliche Anmeldung) beizubringen.

**Nur wer in der Wählerliste
steht, darf wählen.**

2. Eingetragen in die Wählerliste sind alle hier
wohnenden, am Wahltag (28. April) mindestens
20 Jahre alten Reichsbürger, soweit nicht der
Wahlberechtigung ihres Wahlrechts gesetzliche Bestimmungen
entgegenstehen. Seit dem 1. Wähltag (28. März)
hat die Wählerliste folgende Veränderungen erfahren:
a) Aufgenommen sind Wahlberechtigte, die sich
für die Aufnahme in die Wählerliste angemeldet
haben oder die in Mitteilung des Einwohnermelde-
amts aufgenommen sind.
b) Umzüge, die bei der Wahlberechtigung an-
gemeldet sind oder über die vom Einwohnermelde-
amt an die Wahlgeschäftsstelle Meldung gelangt
ist, sind berücksichtigt.
c) Wahlberechtigte, die laut Mitteilung des Ein-
wohnermeldeamts von hier weggezogen sind, sind
in der Liste gestrichen.
3. Die Wahlberechtigten, für die Nummer 2a oder b
zutrifft, erhalten über ihre Aufnahme in die Wähler-
liste der Karte eine Benachrichtigungskarte, spätestens
am Sonntag, den 19. April. Ferner erhalten die
Wahlberechtigten eine neue Karte, die beim ersten
Wähltag zwecks Erlangung eines Stimmzeichens ihre
Karte bei der Wahlgeschäftsstelle abgegeben haben.
Die übrigen Wahlberechtigten werden nicht wieder
benachrichtigt, für sie gilt die Benachrichtigungskarte
des ersten Wähltags. Wer sie verloren hat, erhält
bei der Auslegung der Wählerliste auf Antrag
eine Duplikat-Karte, aber nur gegen genügenden
Beweis. Unbedingt nötig ist die Karte für die
Wahlhandlung nicht, falls der Wahlberechtigte dem
Wahlvorsteher einen anderen genügenden Ausweis
vorlegen kann.
4. Stimmzeichne werden in der oben (Ziff. 1) ge-
nannten Stelle aufgestellt, nach Ablauf der Aus-
legungsdauer nur in der Wahlgeschäftsstelle,
Wahltag, den 28. April, bis 12 Uhr.
5. Die Stimmzeichen in den letzten Tagen vor der
Wahl teilweise großen Umfang annehmen, bitte ich
erhebend, soweit es möglich ist, sich Stimmzeichne
schon in der Zeit vom 19. bis 22. April anstellen
zu lassen. Ausdrücklich ist es, daß der Antrag-
steller sich genügend ausweisen kann (am zweck-
mäßigsten durch die Benachrichtigungskarte).
6. Schon anlässlich des ersten Wähltags ausgestellten
Stimmzeichne bleiben in Kraft. Verloren ge-
gangene Stimmzeichne werden nicht ersetzt.
7. Wahlberechtigte, die aus dem befestigten Gebiet
ausgezogen oder verdrängt sind oder infolge der
Wahlberechtigung dorthin nicht haben zurückkehren
können, werden auf Antrag noch bis zum Tag vor
der Wahl in die Wählerliste aufgenommen, auch
wenn sie hier keine Wohnung haben. 821
Karlsruhe, den 16. April 1925.
Der Oberbürgermeister.

Handelschule Karlsruhe.

I. Pflichthandelschule.

Gemäß § 1 des Reichstatuts vom 12. Juni
1908 sind die innerhalb des Gemeindebezirks
Karlsruhe im Handelsverkehr beschäftigten Lehrlinge
und Gehilfen (Volontäre) beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahre
zum Besuch der Handelschule verpflichtet.
Handelschulpflichtig sind:
Anaben und Mädchen,
geboren nach dem 31. Juli 1907
welche die Volks-, Bürger-, Lehrerschule oder eine
höhere Lehranstalt verlassen haben und in einem der
oben genannten Betriebe eingesetzt sind.
Es haben sich zu melden am Montag, den
20. April, vormittags 8-12 Uhr die Anaben,
nachmittags 2-6 Uhr die Mädchen. Das letzte
Schulzeugnis ist mitzubringen.
Anaben und Mädchen, die mindestens die Reife
für die Handelsschule einer höheren Lehranstalt be-
sitzen, oder Mädchen, welche die höhere Mädchenschule ab-
solviert haben, befreien die Pflichthandelschule
1 Jahr mit 16 Wochenstunden.
Schüler und Schülerinnen, welche an Orten ab. 30,
ohne Einwohnungsbesitz aus der zweijährigen Ab-
teilung der höheren Handelsschule ausgetreten sind,
melden sich am Montag, den 20. April 1925,
nachmittags zwischen 3 und 6 Uhr.
Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß
nach § 19 der Landesverordnungen vom
20. Juli 1907, die Handelsschule betr., der Arbeitgeber
die zum Besuch der Handelsschule verpflichteten Ge-
hilfen und Lehrlinge beim Eintritt in das Geschäft
binnen 3 Tagen, und wenn der Eintritt während
der Schulferien geschieht, sobald beim Wiederbeginn
des Unterrichts bei der Direktion der Schule anzu-
melden, sowie spätestens am dritten Tage nach der
Entlassung aus dem Geschäft wieder abzumelden hat.
Prozeßkosten oder Beginn der Lehre im Geschäft der
Eltern entbindet nicht von der Anmeldepflicht. 808

II. Höhere Handelsschule.

Die Aufnahmeprüfung für die zweijährige
Abteilung der höheren Handelsschule findet am
Dienstag, den 21. April, vormittags 8 Uhr statt.
Die Direktion.

Pferde-Verfeigerung.

Montag, 20. d. M., vormittags 10 Uhr,
werden im Hofe der ehemaligen Grenadierkaserne,
Wollstraße 4, für den Polizeibetrieb untaugliche
Pferde öffentlich versteigert. Zuschlag bleibt vorbehalten.
Polizeibereitschaft Karlsruhe. 818

Ettlinger Anzeigen.

Neuwahl des Reichspräsidenten
— 2. Wahlgang — betr.

Die Listen der Wahlberechtigten zur Neu-
wahl des Reichspräsidenten liegen von Sonn-
tag, den 19. April 1925, bis einschließlich
Mittwoch, den 22. April 1925, im Rathaus —
Einwohnermeldeamt — zu jedermanns Ein-
seht an den Werktagen während der üblichen
Geschäftsstunden (7-12 Uhr und 1-5 Uhr)
und am Sonntag von 11-12 Uhr vormittags)
auf.

Nur diejenigen Personen dürfen sich an der
Wahl beteiligen, welche in der Wählerliste
aufgenommen sind.

Wer die Wählerliste für unrichtig oder un-
vollständig hält, kann dies während der Zeit
der Auslegung beim Gemeinderat schriftlich
angeben, oder zu Protokoll geben, unter Be-
zeichnung der Beweismittel.

Wahlberechtigt sind alle männlichen und
weiblichen Personen, welche am Tage der
Wahl das 20. Lebensjahr vollendet haben,
Reichsangehörige sind und hier wohnen.
Nichtwahlberechtigt ist, wer entmündigt oder
unter gerichtlicher Vormundschaft oder wegen
geistiger Gebrechens unter Pflegschaft steht,
wer rechtskräftig durch Richterurteil die bür-
gerlichen Ehrenrechte verloren hat.

Ferner ruht die Ausübung des Wahlrechts
für die Soldaten während der Dauer ihrer
Zugehörigkeit zur Wehrmacht, nicht aber für
Militärbeamte.

Behindert in der Ausübung ihres Wahl-
rechts sind Personen, die wegen Geisteskrank-
heit in einer Heil- und Pflegeanstalt unter-
gebracht sind, ferner Straf- und Unter-
suchungsgefangene, sowie Personen, die infolge
gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in
Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen
sind Personen, die sich aus politischen Grün-
den in Schutzhaft befinden. 819

Ettlingen, den 15. April 1925.
Der Bürgermeister

Rastatter Anzeigen.

Verbot.

Das Abhängen von Zaunen während der
Festjahres-Zeit, d. i. bis 31. Mai, ist nach § 29
der Feldpolizeiverordnung verboten.
Nichtbeachtung wird unanlässlich bestraft
werden. 820

Rastatt, den 16. April 1925.
Das Bürgermeisteramt.

Stellenangebote.

Für hiesige Firmen werden gesucht:
Eine größere Anzahl der Schule entlassene
Jungens u. Mädchen im Alter von 14-18 Jahren.
Fernere werden gesucht:
Erfahrene Tischler, Maler, Schneider und
Rauerer. 822

Arbeitsamt Rastatt.

**Sport-
Artikel**

jeder Art
preiswert
und gut

**Sport-Haus
Brannath**
Karlsruhe
Durlacher Tor.

Pfannkuch

Zur **Kommunion**

Früchte-Konserven:

Pflaumen mit Stein 75c
Kirschen mit Stein 75c
Birnen 75c
Stachelbeeren 80c
1/2 kg Dose 80c
1/2 kg Dose 50c

Pflaumen ohne Stein 75c
Kirschen ohne Stein 75c
Birnen 75c
Stachelbeeren 80c
1/2 kg Dose 80c
1/2 kg Dose 50c

Heidelbeeren 1.-
1/2 kg Dose 60c
Preißelbeeren 70c
offen 70c
1/2 kg Dose 1.-
1 kg Dose 1.70
1/2 kg Dose 90c

Erdbeeren
Aprelhojen

Pfannkuch

Billige Schuhwaren

Verkauf Freitag / Samstag / Montag

Damen-Schuhe		Kinder-Schuhe		Herren-Schuhe	
Halbschuhe hübsche Formen	7.50	Stiefel 18-23	2.75	Rindbox od. R'Chevr.-Stiefel auch m. Lackkappen	7.90
Halbschuhe Boxcalf, moderne Formen	9.75	Stiefel 23-26	4.75	Braune Stiefel spitz oder breit	17.50
Schnür- und Spangenschuhe	12.50	Rindbox	5.50	Halbschuhe für junge Herrn, 36-39, schw. und braun	11.50
Elegant. Lackschuhe mit 1 oder 2 Spangen	14.50	Spangenschuhe braun Boxe, od. Lackl.	6.90	Halbschuhe mod. Formen, schwarz u. braun	12.50
Leder- Haus- und Reiseschuhe	2.95				

Sandalen braun Rindleder

23-26	27-30	31-35	36-39	40-42	43-46
2.95	3.50	4.40	4.90	5.50	6.50

Sportschuhe
Leinenschuhe
Hausschuhe
in grosser Auswahl.

KNOPF

Marke „WOLF“
Alleinverkauf
für Karlsruhe

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe
Mitgliedschaft Durlach

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß unser Büro vom Freitag, den 17. d. Mts. ab von Feuerstraße 11 nach **Friedrichstraße 11, part.** verlegt ist. Bürozeit wie bisher.

Zur Beachtung: Unsere Bibliothek ist geöffnet jeden Freitag von 1/2-5 Uhr. Dieselbe befindet sich im Gebäude „Zum Baum“, Nebenzimmer.

Wir erziehen unsere Mitglieder, dieselbe fleißig zu benutzen.

Die Ortsverwaltung.

Paßbilder
für Reise und Fahrkarten sofort

Offert-Photos
Billigste Preise.
Photogr. Atelier **Rausch & Pester**
Erbprinzenstr. 3

STADTGARTEN

Sonntag, den 19. April, nachmittags von 3 1/2-6 Uhr:
Konzert. Vornmittags von 11-12 Uhr: **Promenadekonzert**
(kein Musikanschlag). Orchester bei beiden Konzerten: **Feuerwehrkapelle**, Leitung: Musikdirektor E. Jürgang. 817

COLOSSEUM

Die große Täglich abends 8 Uhr
Das vollständig neue Sensations-Programm

ZAUBERSCHAN
KASSNER

Unter anderem:
Das Verschwinden von 12 Personen aus dem Zuschauerraum.
NB. Sonntag nachm. 4 Uhr Zwei Erwachsene können ein Kind unter 10 Jahr. frei einführen.

„Zur Schweiz“ Winterstr. 20
Ecke Wilhelmstr.
Heute Schlachttag
August Weber (früher „Merkur“).

Arbeitshofen
Sonntagshofen
Monteur-Anzüge
eigene Fabrikation, daher billige Preise.
Otto Weber Schützenstr. 36

Schlafzimmer-Bilder
preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung
Schlüfers Kunsthandlung, Kaiserstraße 38. 4613

Pfannkuch

Zur **Kommunion**

Gemüse-Konserven:

Brech- und Stangen-Spargeln
Schnitt-Brech- und Prinzess-Bohnen
Erbfjen
Karotten
Leipziger Allerlei
Tomaten-Püree und Mark
Feinste Stangen-Schnitt-Bohnen
1 kg Dose 1.20

Pfannkuch

Union-Theater Mühlburg

Ab Freitag, den 16. bis einschl. Montag, den 19. April

Vorstellung 7 und 9 Uhr — Sonntags Beginn 5 Uhr, ab 3 Uhr große Jugendvorstellung

Der Großfilm
Chu-Chim-Chow

Chinesischer Liebes- und Abenteuerfilm sowie Lustspiel mit **Larrey Semon**

Das Theater ist renoviert und geheizt
Es ladet freundlichst ein **Sulzer.**

Wir alle kaufen bei der Deutschen Bekleidungs-Gesellschaft

Gemeinsamer Einkauf für unsere Betriebe ist der Grund unserer Preiswürdigkeit und Leistungsfähigkeit!

Wir haben unsere zum Fest rapid geräumten Läger in Herren-, Damen- u. Kinder-Moden mit **Neuheiten** für das Frühjahr aufgerüllt

Karlsruhe, Kronenstr. 40
Ecke Marktgrabenstraße.